

Reiserecht

Handbuch des Pauschalreise-, Reisevermittlungs-, Reiseversicherungs- und Individualreiserechts

Bearbeitet von
Von Prof. Dr. Ernst Führich, und Prof. Dr. Ansgar Staudinger

8. Auflage 2019. Buch. LXIII, 1608 S. In Leinen
ISBN 978 3 406 71077 3
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Zivilrecht > BGB Besonderes Schuldrecht > Reisevertragsrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beack-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Führich / Staudinger
Reiserecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Reiserecht

Handbuch des Pauschalreise-, Reisevermittlungs-,
Reiseversicherungs- und Individualreiserechts

von

Prof. Dr. Ernst Führich

und

Prof. Dr. Ansgar Staudinger

8. neu bearbeitete Auflage 2019

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitate

Führich/Staudinger/ReiseR-HdB/*Bearbeiter*


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 71077 3

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 8. Auflage

Ziel dieses Handbuchs ist es, in einem Band ein auf die Bedürfnisse der Praxis bei Gerichten, für die Rechtsanwaltschaft und Reiseunternehmen zugeschnittenes, umfassendes und systematisches Kompendium für das zersplitterte gesamte deutsche Reiserecht zu schaffen. Die Umsetzung der neuen EU-Pauschalreiserichtlinie 2015/2302 durch das Dritte Gesetz zur Änderung reiserechtlicher Vorschriften änderte das bisherige Reiserecht grundlegend, so dass die 8. Auflage vollständig überarbeitet wurde. Rechtssicher gibt dieses Handbuch Antworten auf die vielen neuen Fragestellungen und will ein zuverlässiger Begleiter für alle sein, die mit den rechtlichen Aspekten der Touristik zu tun haben.

Die völlig neu bearbeitete 8. Auflage behandelt kompakt, übersichtlich und praxisorientiert

- im 1. Teil das neue Pauschalreiserecht, das neue Reisevermittlungsrecht der verbundenen Reiseleistungen und der Reiseeinzelleistungen im stationären Reisebüro und der digitalen Reiseportale sowie das Wettbewerbsrecht zwischen den Reiseunternehmen und dem Verbraucher. Einbezogen werden Fragen des Internationalen Zivilverfahrens- sowie Privatrechts.
- im 2. Teil das Reiseversicherungsrecht der Versicherungsbedingungen mit dem Allgemeinen Teil (AT-Reise), der Reiserücktrittskosten- und Reiseabbruchversicherung (VB-Reiserücktritt, VB-Reiseabbruch) und der Reisegepäckversicherung (VB-Reisegepäck).
- im 3. Teil das Beförderungsrecht des Individualreiserechts mit den Grundlagen des Luftbeförderungsrechts, des Luftbeförderungsvertrages, des Montrealer Übereinkommens, der vollständig neu überarbeiteten Kommentierung der Fluggastrechte der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 sowie das Reiserecht der sonstigen Verkehrsträger Bus, Eisenbahn und Schiff.
- im 4. Teil das Gastaufnahmerecht des Beherbergungsvertrages, der Einbringung von Sachen bei Gastwirten und das Bewirtungsrecht der Gastronomie.

Als Mitautor konnte Prof. Dr. Ansgar Staudinger gewonnen werden, welcher den 1. Teil mit dem neuen Pauschalreise- und Reisevermittlungsrecht bearbeitet hat und verantwortet. Prof. Dr. Ansgar Staudinger ist Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Internationales Privat-, Verfahrens- und Wirtschaftsrecht an der Universität Bielefeld und Direktor der dortigen Forschungsstelle für Reiserecht. Prof. Dr. Ernst Führich und Prof. Dr. Ansgar Staudinger zählen zu den renommiertesten Experten des Reiserechts und sind durch viele Veröffentlichungen ausgewiesen. Beide Autoren waren Sachverständige im Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung der neuen EU-Pauschalreiserichtlinie.

Diese Neuauflage enthält aktuell die komplette Kommentierung des neuen Pauschalreise- und Reisevermittlungsrechts einschließlich der verbundenen Reiseleistungen, die neue Konditionenempfehlung der Allgemeinen Reisebedingungen, eine wesentliche Vertiefung der Kommentierung der EU-Fluggastrechte-VO 261/2004 und der EU-Fahrgastrechte-Verordnungen, die neue Kemptener Reisemängeltabelle sowie die gesamte Judikatur des EuGH, BGH und der Instanzgerichte zum Reiserecht. Die Neuauflage befindet sich hinsichtlich Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum durchgängig auf dem Stand von Januar 2019.

Der **Erfolg dieses im Reiserecht führenden Standardwerks** bestätigt diese Konzeption. Die seit fast 30 Jahren mögliche Folge von Auflagen sichert die Aktualität im Reiserecht, das durch eine dynamische Weiterentwicklung sowie Flut von Rechtsprechung aller Instanzen geprägt ist. Die Reform infolge der neuen Pauschalreiserichtlinie stellt nicht nur Reiseveranstalter, sondern auch stationäre und digitale Reisevermittler vor völlig neue Fragestellungen, insbesondere bei der Abgrenzung von Pauschalreise, verbundenen Reise-

Vorwort

leistungen und Reisevermittlung, den gesetzlichen Informationspflichten und den zu verwendenden Musterformblättern. Hierauf gibt diese Neuauflage rechtssichere Antworten.

Besonderer Dank gebührt den Mitarbeitern des Lehrstuhls Çiya Aslan, Isabel Marie Beiderwieden, Dominic Gloger, Annika Keil, Tim Kniepkamp, Panagiotis Papadopoulos, Félix Paul, Max Ransiek, Rudi Ruks, Patrick Schröder, Mareike Schicke, Maïke Schwabe-
dißen, Karsten Suilmann und Jelisaweta Verbizkaja. Dank gilt auch der Lektorin Frau Astrid Stanke für die jederzeitige Unterstützung.

Möge das Werk weiterhin dazu beitragen, einen angemessenen Interessenausgleich zwischen Verbrauchern und Anbietern touristischer Reiseleistungen bei Pauschal- und Individualreisen zu schaffen.

Kempten (Allgäu) und Bielefeld, im Januar 2019

Ernst Führich
Ansgar Staudinger



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Bearbeiterverzeichnis	LIII
Verzeichnis der Schaubilder	LV
Abkürzungsverzeichnis	LVII

1. Teil. Reisevertragsrecht

1. Kapitel. Grundlagen des Reisevertragsrechts

§ 1 Entwicklung des Reisevertragsrechts	1
§ 2 EU-Pauschalreiserichtlinie	20
§ 3 Pauschalreiserecht und Allgemeine Geschäftsbedingungen	55
§ 4 Internationale gerichtliche Zuständigkeit und anwendbares Recht	61

2. Kapitel. Pauschalreiserecht (§§ 651a–y BGB)

§ 5 Pauschalreisevertrag (§ 651a)	93
§ 6 Verbundene Online-Buchungsverfahren (§ 651c)	148
§ 7 Gastschulaufenthalte (§ 651u)	152
§ 8 Abgrenzung zur Vermittlung (§ 651b)	163
§ 9 Vorvertragliche Informationspflichten bei der Pauschalreise (§ 651d)	173
§ 10 Abweichende Vereinbarungen (§ 651y)	195
§ 11 Haftung für Buchungsfehler (§ 651x)	202
§ 12 Insolvenzabsicherung (§§ 651r ff.)	211
§ 13 Vertragsübertragung (§ 651e)	238
§ 14 Änderungsvorbehalte (§ 651f)	248
§ 15 Erhebliche Vertragsänderungen (§ 651g)	259
§ 16 Rücktritt vor Reisebeginn (§ 651h)	267
§ 17 Reisemangel und Gewährleistungsrechte (§ 651i)	287
§ 18 Mängelanzeige (§ 651o)	303
§ 19 Abhilfe (§ 651k)	311
§ 20 Kündigung (§ 651l)	326
§ 21 Minderung (§ 651m)	342
Anhang zu § 21: Mängel- und Minderungsübersicht	360
§ 22 Schadensersatz (§ 651n)	450
§ 23 Beistandspflicht (§ 651q)	492
§ 24 Haftungsbeschränkung und Anrechnung (§ 651p)	496
§ 25 Verjährung (§ 651j)	511

3. Kapitel. Vermittlung (§§ 651v und 651w)

§ 26 Vermittlung von Pauschalreisen (§ 651v)	520
§ 27 Vermittlung verbundener Reiseleistungen (§ 651w)	528

Inhaltsübersicht

	Seite
4. Kapitel. Einzelleistungen	
§ 28 Einzelleistungen	547
5. Kapitel. Reiserecht und Wettbewerbsrecht	
§ 29 Unlauterer Wettbewerb	553
2. Teil. Reiseversicherungen	
6. Kapitel. Allgemeines Reiseversicherungsrecht	
§ 30 Allgemeiner Teil der Versicherungsbedingungen für die Reiseversicherung (AT-Reise 2008)	603
7. Kapitel. Reiserücktrittskosten- und Reiseabbruchversicherung	
§ 31 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiserücktrittskostenversicherung (VB-Reiserücktritt 2008)	622
§ 32 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiseabbruchversicherung (VB-Reiseabbruch 2008)	649
8. Kapitel. Reisegepäck-Versicherung	
§ 33 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reisegepäckversicherung (VB-Reisegepäck 2008)	657
3. Teil. Beförderungsrecht	
9. Kapitel. Grundlagen des Luftbeförderungsrechts	
§ 34 Rechtsquellen des Luftbeförderungsrechts	700
§ 35 Luftbeförderungsvertrag	719
§ 36 Schlichtung im Luftverkehr	772
10. Kapitel. Montrealer Übereinkommen	
§ 37 Montrealer Übereinkommen zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften über die Beförderung im internationalen Luftverkehr	787
11. Kapitel. Verordnung (EG) Nr. 261/2004 über Fluggastrechte	
§ 38 Anwendungsbereich der Fluggastrechte-VO	840
§ 39 Nichtbeförderung des Fluggasts	870
§ 40 Annullierung des Flugs	886
§ 41 Verspätung des Flugs	921
§ 42 Ansprüche des Fluggasts	931
§ 43 Durchsetzung der Fluggastrechte	964
12. Kapitel. Sonstige Verkehrsträger	
§ 44 Busverkehrsrecht	980
§ 45 Eisenbahnverkehrsrecht	996
§ 46 Schiffsverkehrsrecht	1032

Inhaltsübersicht

4. Teil. Gastaufnahmerecht Seite

13. Kapitel. Beherbergung

§ 47 Beherbergungsrecht	1059
§ 48 Einbringung von Sachen bei Gastwirten	1112

14. Kapitel. Gastronomie

§ 49 Bewirtungsrecht	1127
----------------------------	------

Anhang

Anhang I. Musterformulare	1139
Anhang II. Gesetzliche Vorschriften und sonstige Bedingungen	1160
Anhang III. Entscheidungen mit amtlichen Leitsätzen zum Reiserecht ..	1371
Anhang IV. Reisemängel-Tabellen	1459

Literaturverzeichnis	1525
----------------------------	------

Sachverzeichnis	1563
-----------------------	------


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Bearbeiterverzeichnis	LIII
Verzeichnis der Schaubilder	LV
Abkürzungsverzeichnis	LVII

1. Teil. Reisevertragsrecht

1. Kapitel. Grundlagen des Reisevertragsrechts

§ 1 Entwicklung des Reisevertragsrechts	1
I. Wirtschaftliche Bedeutung von Pauschalreisen	2
1. Reiseverhalten	2
2. Marktstruktur der Reiseveranstalter	3
II. Gegenstand des Reisevertragsrechts	4
1. Begriff des Reiserechts	4
2. Pauschalreisevertrag	5
a) Gegenstand und gesetzliche Regelung	5
b) Anwendbarkeit anderer Vorschriften	6
c) Grundbegriffe und Rechtsbeziehungen	7
3. Reisevermittlung und Vermittlung verbundener Reiseleistungen	7
4. Individualreiserecht	8
5. Reiseversicherungsrecht	9
6. Gang der Darstellung	9
III. Rechtliche Entwicklung	9
1. Rechtslage vor dem Reisevertragsgesetz	9
a) Werkvertragsrecht	9
b) Richterliche Rechtsfortbildung	10
c) Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	10
d) Brüsseler Übereinkommen über den Reisevertrag (CCV)	11
2. Reisevertragsgesetz	12
3. Richtlinie über Pauschalreisen (90/314/EWG)	12
a) Harmonisierung des europäischen Reiserechts	12
b) Merkmale der Richtlinie	13
c) Konzeption der Umsetzung	14
4. Zweites Gesetz zur Änderung reiserechtlicher Vorschriften	14
5. Schuldrechtsmodernisierung und Reisevertrag	15
a) Ziel der Modernisierung des Schuldrechts	15
b) Auswirkungen auf das Reisevertragsrecht	16
c) Änderung des Schadensersatzrechts	16
6. Digitales Zeitalter und Dynamic Packaging	16
a) Geänderter Reisemarkt	16
b) Stärkerer Direktvertrieb	17
7. Reform der Pauschalreise-Richtlinie	17
8. Drittes Gesetz zur Änderung reiserechtlicher Vorschriften	18
§ 2 EU-Pauschalreiserichtlinie	20
I. Einführung	21
1. Richtlinie	21
2. Richtlinienkonforme Auslegung	22

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Reform der Pauschalreise-Richtlinie	22
a) Zielsetzung	22
b) Gesetzgebungsverfahren	22
II. Zweck der EU-Richtlinie über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen	24
1. Vollendung des Binnenmarktes	24
2. Verbraucherschutz	24
III. Anwendungsbereich und Begriffe	25
1. Pauschalreise	28
2. Verbundene Reiseleistungen	30
3. Reiseveranstalter	30
4. Vermittler	31
5. Reisender	31
6. Pauschalreisevertrag	31
IV. Harmonisierungsgrad	31
V. Informationspflichten und Inhalt des Pauschalreisevertrags	32
1. Informationen vor Vertragsschluss	33
2. Bindungswirkung der vorvertraglichen Information und Abschluss des Pauschalreisevertrags	34
3. Inhalt des Pauschalreisevertrags und vor Beginn der Pauschalreise bereitzustellende Unterlagen	34
4. Beweislast	36
VI. Änderung des Pauschalreisevertrags vor Beginn der Pauschalreise	36
1. Übertragung des Pauschalreisevertrags auf einen anderen Reisenden	36
2. Vertragsänderungen vor Reisebeginn	37
a) Einseitige Preisänderung	37
b) Einseitige Leistungsänderungen	38
c) Erhebliche Leistungs- und Preisänderungen	39
3. Beendigung des Pauschalreisevertrags und Recht zum Widerruf vor Beginn der Pauschalreise	40
VII. Erbringung der vertraglichen Pauschalreiseleistungen	41
1. Haftung für die Erbringung der vertraglichen Pauschalreiseleistungen	41
2. Preisminderung und Schadenersatz	44
VIII. Schutz bei Insolvenz	46
1. Sicherstellung	47
2. Art der Absicherung	47
3. Abgesicherte Risiken	48
4. Höchstbetrag	48
5. Gegenseitige Anerkennung des Insolvenzschutzes und Verwaltungszusammenarbeit	49
IX. Verbundene Reiseleistungen	49
X. Allgemeine Bestimmungen	50
XI. Schlussbestimmungen	53
§ 3 Pauschalreiserecht und Allgemeine Geschäftsbedingungen	55
I. Rechtliche Grundlagen und Konditionenempfehlungen	55
1. Notwendigkeit von Allgemeinen Reisebedingungen	55
2. Gewillkürte Pauschalreise	56
3. Allgemeine Geschäftsbedingungen für Reiseverträge (ARB-DRV)	57
II. Kontrolle der Vertragsklauseln	57
1. Einbeziehung von AGB in den Reisevertrag	58
2. Überraschende Klauseln und Individualvereinbarung	58
3. Auslegung	59
4. Inhaltskontrolle	59
a) Gegenstand	59
b) Klauselverbote	60
5. Rechtsfolge eines Verstoßes	60
§ 4 Internationale gerichtliche Zuständigkeit und anwendbares Recht	61
I. Rechtsquellen	64

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Grenzüberschreitende Tätigkeit	64
2. Internationale Zuständigkeitskataloge	65
a) Brüssel Ia-VO	65
b) Revidiertes Lugano Übereinkommen	67
c) ZPO	68
d) Prüfreihefolge	68
3. Rechtsakte zur Ermittlung des anwendbaren Rechts	68
a) Rom I-VO	68
b) Rom II-VO	69
II. Internationale gerichtliche Zuständigkeit	70
1. Allgemeiner Gerichtsstand	70
2. Besondere Gerichtsstände	71
a) Erfüllungsort für Dienstleistungen	71
b) Unerlaubte Handlung	72
c) Niederlassung	72
3. Schutzgerichtsstand in Verbrauchersachen	73
a) Reisevertrag als Verbrauchersache	73
b) Anbahnungssituation	74
aa) Ausübung der Tätigkeit	74
bb) Ausrichten der Tätigkeit	74
c) Ausnahme für Beförderungsverträge	77
d) Rückausnahme für Reiseverträge	78
4. Gerichtsstände bei anderen Vertragsarten	78
a) Ferienhausmietverträge	78
b) Beherbergungsverträge	81
c) Reisevermittlungsverträge	81
III. Anwendbares Recht	81
1. Rom I-VO (vertragliche Ansprüche)	81
a) Reiseverträge	81
aa) Anwendungsbereich des Art. 6 Rom I-VO	82
bb) Vorrang der Rechtswahl	84
cc) Objektive Anknüpfung	85
b) Ferienhausverträge	86
c) Hotelbeherbergungsverträge	87
d) Beförderungsverträge	87
e) Reiseversicherungsverträge	89
f) Reisevermittlungsverträge	89
2. Rom II-VO (Ansprüche aus unerlaubter Handlung)	89
a) Inhalt und Systematik der Rom II-VO	89
b) Subjektive Anknüpfung	90
c) Objektive Anknüpfung	90
3. Sonderkollisionsnormen im nationalen IPR (EGBGB)	91
a) Art. 46b EGBGB	91
b) Art. 46c EGBGB	92

2. Kapitel. Pauschalreiserecht (§§ 651a–y BGB)

§ 5 Pauschalreisevertrag (§ 651a)	93
I. Gegenstand des Pauschalreisevertrags und Anwendungsbereich	96
1. Rechtsnatur	96
2. Gesamtheit von Reiseleistungen	97
a) Beförderung von Personen	98
b) Beherbergung von Personen	98
c) Vermietung von Fahrzeugen	102
d) Touristische Leistungen	103
aa) Grundsätzliches	103
bb) Unbedeutende Nebenleistungen	103

Inhaltsverzeichnis

	Seite
cc) Einzelfälle	104
dd) Scheinpaket	106
ee) Ausnahmetatbestand für touristische Leistungen	111
(a) „Geringfügige“ touristische Leistung	111
(b) Zeitlich spätere Buchung der touristischen Leistung	112
e) Notwendigkeit der Bündelung	113
aa) Leistungsbündel	113
bb) Baukasten	113
cc) Dynamic Packaging	113
dd) Bündelung durch Reisevermittler	114
ee) Incentive-Reisen	114
ff) Geschäftsreisen	114
f) Pauschalreise und Zusatzleistungen	115
3. Reiseveranstalter	116
a) Eigenverantwortliche Leistungserbringung	116
b) Unternehmereigenschaft	116
c) Einzelfälle	117
4. Reisender	118
II. Rechtsbeziehungen bei der Pauschalreise	118
1. Reisende und Reiseveranstalter	118
2. Reisender und Leistungsträger	118
a) Person des Leistungsträgers	118
b) Verhältnis zum Reisenden	119
3. Vertrag zwischen Reisendem und Reisevermittler	121
4. Reisevermittler und Reiseveranstalter	122
a) Reisevermittler als Handelsvertreter und Handelsmakler	122
b) Abschlussbevollmächtigter des Reiseveranstalters	123
c) Reisevermittler als Erfüllungsgehilfe	123
III. Zustandekommen des Pauschalreisevertrags	124
1. Vertragsschluss	124
a) Angebot	124
b) Bedeutung des Prospekts	125
c) Vertragsbestätigung	125
d) Abweichende Vertragsbestätigung	126
e) Mängel beim Pauschalreisevertrag	126
f) Sonderwünsche	127
g) Einverständliche Vertragsänderungen (Umbuchungen)	127
h) Online-Buchung	128
i) Allgemeine und besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr	129
aa) Allgemeine Pflichten	129
bb) Besondere Pflichten gegenüber Verbrauchern (Bestell-Button)	130
j) Last-Minute-Buchung	130
2. Vertragsschluss in Sonderfällen	130
a) Vertragsschluss mit Minderjährigen	130
b) Vertragsschluss bei Familien und besonderem Näheverhältnis	131
c) Buchung bei Gruppenreisen	133
d) Incentive-Reise	133
e) Gewinnreise	133
f) Vertragsschluss-Klausel in ARB	134
IV. Ausnahmen des Anwendungsbereichs	135
V. Einbeziehung Allgemeiner Reisebedingungen	137
1. Grundsätzliches	137
2. Zeitpunkt der Einbeziehung	137
3. Einbeziehung der ARB	138
a) Hinweis	138
b) Möglichkeit zumutbarer Kenntnisnahme	138
c) Einverständnis des Reisenden	138

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Telefonische Buchung	139
5. Elektronischer Geschäftsverkehr	139
6. Mehrere AGB	140
VI. Pflichten des Reiseveranstalters	140
1. Verschaffen der Pauschalreise	140
2. Informationspflichten	141
a) Formblatt	141
b) Weitere vorvertragliche Angaben	141
3. Vertragsbestätigung und Reiseunterlagen	141
4. Besonderheiten	142
a) Mündliche Nebenabreden	142
b) Reisecharakter	142
c) Leistungsbestimmung nach Vertragsschluss	142
d) Landesüblichkeit	143
VII. Pflichten des Reisenden	143
1. Zahlung des Reisepreises	143
a) Vereinbarter Preis	143
b) Zahlungsverzug	144
c) Verjährung	144
d) Höhe der Vorauszahlung	144
e) Restzahlung	144
f) Zahlung an Reisevermittler	145
2. Nebenpflichten	145
a) Pass und Visum	145
b) Treuepflichten	146
c) Mitwirkungsobliegenheiten	146
VIII. Darlegungs- und Beweislast	147
§ 6 Verbundene Online-Buchungsverfahren (§ 651c)	148
I. Inhalt und Zweck	148
II. Voraussetzungen	149
III. Rechtsfolge	150
IV. Ausschlüsse	151
§ 7 Gastschulaufenthalte (§ 651u)	152
I. Normzweck und Anwendungsbereich	153
1. Zweck	153
2. Anwendungsbereich	154
a) Dreimonatiger Gastschulaufenthalt	154
b) Vertragsparteien	154
c) Kurzaufenthalt und Praktikum	155
II. Zusätzliche Pflichten des Reiseveranstalters und Gastschülers	155
1. Unterbringung in Gastfamilie	155
2. Organisation des Schulbesuchs	157
3. Mitwirkung des Gastschülers	158
III. Informationspflichten und Rücktritt vor Reisebeginn	158
1. Informationen	158
2. Verlust des Entschädigungsanspruchs	159
IV. Kündigung	159
1. Kündigungsrecht	159
2. Rechtsfolgen der Kündigung	160
V. Rücktritt des Reiseveranstalters	160
VI. Entschädigung wegen nutzlos aufgewendeter Urlaubszeit	161
VII. Darlegungs- und Beweislast	161
§ 8 Abgrenzung zur Vermittlung (§ 651b)	163
I. Vorbemerkung	164
II. Reisevermittlungsvertrag	165

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Fallgruppen	166
1. Allgemeine Voraussetzungen einer Pauschalreise	167
2. Derselbe Buchungsvorgang in einer Vertriebsstelle (Nr. 1)	167
a) Allgemeines	167
b) Abgeschlossener Buchungsvorgang	167
aa) Beratungsgespräch	167
bb) Zahlungsverpflichtung	168
cc) Einheitliche Vertriebsstelle	168
dd) Ausnahme: Bausteinreise	168
3. Gesamtpreis (Nr. 2)	169
4. Bezeichnung als Pauschalreise (Nr. 3)	170
IV. Vermittlerklausel	170
1. Allgemeines	170
2. Einzelfälle	171
V. Vertriebsstellen	172
§ 9 Vorvertragliche Informationspflichten bei der Pauschalreise (§ 651d)	173
I. Vorbemerkung	174
1. Allgemeines	174
2. Sinn und Zweck	175
3. Systematik	176
II. Inhalt der Unterrichtung	176
1. Auszuhändigendes Formblatt	176
a) Formblatt der Anlage 11	176
b) Erläuterungen	178
2. Weitergehende Informationen	179
a) Gesetzestext Art. 250 § 3 EGBGB	179
b) Im Einzelnen	180
aa) Wesentliche Eigenschaften der Reiseleistung	180
bb) Kontaktdaten des Reiseveranstalters	183
cc) Reisepreis	183
dd) Zahlungsmodalitäten	183
ee) Mindestteilnehmeranzahl	183
ff) Allgemeines Pass- und Visumserfordernisse	184
gg) Rücktrittsrecht des Reisenden	186
hh) Versicherungshinweise	186
III. Art und Weise der Unterrichtung	187
1. Transparenzgebot	187
a) Klar und verständlich	187
b) In hervorgehobener Weise	188
2. Form	188
3. Zeitpunkt	188
4. Änderungen	189
5. Beweisfragen	189
IV. Nichterfüllung von Informationspflichten	189
1. Zivilrechtliche Konsequenzen	189
a) Bestehender Pauschalreisevertrag	190
aa) Einschränkungen der Veranstalterrechte	190
bb) Gewährleistungsrechte des Reisenden (§§ 651i ff.)	190
cc) Allgemeines Schuldrecht	191
dd) Deliktische Ansprüche	191
ee) Anfechtung	191
b) Kein Vertragsschluss	192
2. Wettbewerbsrechtliche Konsequenzen	192
a) Marktverhaltensregelungen und Irreführung	192
b) Unterlassungs- und Schadensersatzanspruch	192
3. Verbraucherrechtliche Konsequenzen	193
4. Musterfeststellungsklage	193

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 10 Abweichende Vereinbarungen (§ 651y)	195
I. Zweck der Norm	195
1. Mindestregelung	195
a) Halbzwingendes Recht	195
b) Öffnung des Abweichungsverbots	196
2. Reichweite der Norm	196
II. Kontrolle durch Reisevertragsrecht und AGB-Recht	197
1. Grundsatz der Sachnähe	197
2. Verbandsklage	197
III. Teilnichtigkeit und Gesamtbeurteilung	197
1. Verstoß gegen halbzwingende Normen	197
2. Gesamtbeurteilung unzulässig	198
IV. Verzichtserklärungen	198
1. Grundsätzliche Unwirksamkeit	198
2. Freiwillige Vertragsänderungen	199
3. Abfindungssummen und Ersatzleistungen	199
V. Abweichende Vereinbarung der Verjährung	200
1. Verjährungserleichterung	200
2. AGB-Klausel	200
 § 11 Haftung für Buchungsfehler (§ 651x)	 202
I. Vorbemerkung	203
1. Allgemeines	203
2. Systematik	203
II. Verhältnis zu allgemeinen Vorschriften	203
1. Anfechtungsregeln	203
a) Anfechtung des Unternehmers	204
b) Anfechtung des Kunden	204
2. Rechtsmissbrauch	204
III. Technischer Fehler des Buchungssystems (Nr. 1)	205
1. Buchungssystem	205
2. Inhaber des Buchungssystems	205
a) Allgemein	205
b) Parallele Haftung	206
3. Technischer Fehler	206
4. Verursachung	206
5. Darlegungs- und Beweislast	207
a) Grundsätzliches und Beweislastumkehr	207
b) Beweisführung zum Vorliegen eines technischen Fehlers	207
IV. Fehler während des Buchungsvorgangs (Nr. 2)	208
1. Buchungsvorgang	208
2. Fehler	208
3. Ausschluss der Haftung	209
a) Vom Reisenden verursachter Fehler	209
b) Unvermeidbare, außergewöhnliche Umstände	209
4. Darlegungs- und Beweislast	209
V. Mitverschulden des Reisenden	209
VI. Abweichende Vereinbarungen	210
 § 12 Insolvenzabsicherung (§§ 651r ff.)	 211
I. Allgemeines	214
1. Normzweck	214
2. Anwendungsbereich	214
a) Reiseveranstalter	214
aa) Veranstaltereigenschaft	214
bb) Einzelfälle	215
b) Einzelleistungen des Reiseveranstalters	215

Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Zeitliche Anwendbarkeit	216
II. Sicherungspflicht des Reiseveranstalters	217
1. Insolvenzrisiko	217
2. Sicherungsfall	217
a) Zahlungsunfähigkeit	217
b) Eröffnung des Insolvenzverfahrens	218
c) Abweisung mangels Masse	218
3. Erstattungsfähiger Sicherungsgegenstand	219
a) Allgemeines	219
b) Kausalität	219
c) Gezahlter Reisepreis	220
aa) Zahlungen vor Reiseantritt	220
bb) Erstattungsanspruch nach Reiseantritt	220
cc) Zusätzlich gebuchte Leistungen	221
dd) Gewährleistungsansprüche	221
d) Mehrfachzahlungen gegenüber Leistungsträgern	222
e) Rückbeförderung und Beherbergung	222
4. Kundengeldabsicherer	222
a) Versicherung	222
b) Kreditinstitut	224
III. Leistungsbegrenzung	224
1. Höchstbetrag	224
2. Überschreitung des Höchstbetrages	227
3. Verstoß gegen Unionsrecht	227
IV. Erfüllung der Sicherungspflicht	229
1. Unmittelbarer Anspruch	229
a) Vertrag zu Gunsten Dritter	229
b) Kein Sicherungsvertrag und gefälschter Sicherungsschein	229
2. Uneingeschränkte Absicherung	229
3. Gewerberechtliche Kontrolle	230
4. Sicherungsschein	230
a) Nachweis	230
b) Muster	230
c) Kontrollpflicht des Reisevermittlers	230
V. Zahlung des Reisepreises	231
1. Notwendigkeit der Übergabe eines Sicherungsscheins vor Anzahlung	231
2. Anzahlungshöhe	232
VI. Ausländische Reiseveranstalter	233
VII. Folgen bei Verstoß	234
1. Allgemeines	234
2. Zivilrechtliche Folgen	234
3. Wettbewerbsrechtliche Folgen	235
4. Gewerberechtliche Sanktion	235
VIII. AGB-Klauseln	236
1. Allgemeines	236
2. Konditionenempfehlung	236
IX. Darlegungs- und Beweislast	236
§ 13 Vertragsübertragung (§ 651e)	238
I. Bedeutung der Vorschrift	239
1. Allgemeines	239
2. Dogmatische Stellung	239
II. Voraussetzungen der Vertragsübertragung	240
1. Erklärung des Reisenden	240
2. Form	240
3. Zeitpunkt	241
III. Widerspruchsrecht des Veranstalters	241

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Grund	242
a) Vertragliche Reiseerfordernisse	242
b) Gesetzliche Vorschriften	242
2. Rechtsfolgen	243
a) Wirksamer Widerspruch	243
b) Wirksame Übertragung	243
c) Unwirksamer oder fehlender Widerspruch	243
IV. Gesamtschuldnerische Haftung	244
1. Reisepreis und Mehrkosten	244
a) Aufwendungsersatz	244
b) Angemessenheit der Mehrkosten	244
c) Nachweispflicht	245
2. Pauschalierung	246
V. Allgemeine Reisebedingungen	246
1. Klauselinhalt	246
2. Verbotene Rücktrittsfiction	246
VI. Darlegungs- und Beweislast	247
 § 14 Änderungsvorbehalte (§ 651f)	 248
I. Allgemeines	249
1. Systematik und Regelungübersicht	249
2. Verhältnis zum nationalen Vertragsrecht	250
a) Verhältnis zur Anfechtung	250
b) Verhältnis zur Störung der Geschäftsgrundlage	250
II. Preiserhöhung	251
1. Formelle Voraussetzungen einer Preiserhöhung	251
a) Vertraglicher Vorbehalt	251
b) Weitere Angaben	252
aa) Preissenkung	252
bb) Hinweis auf Berechnung der Änderung	252
2. Möglichkeiten zur Preiserhöhung	253
a) Gründe	253
aa) Zulässige Faktoren	253
bb) Unzulässigkeit weiterer Faktoren	254
b) Zeitpunkt des Eintritts der Änderung	255
3. Recht des Reisenden auf Preissenkung	255
4. Mitteilung über die Erhöhung	256
a) Zeitpunkt	256
b) Erklärung	256
III. Andere Vertragsänderungen	257
1. Unerhebliche Vertragsänderungen	257
2. Vorbehalt und Mitteilung der Änderung	258
 § 15 Erhebliche Vertragsänderungen (§ 651g)	 259
I. Allgemeines	260
1. Systematik und Regelungübersicht	260
2. Verhältnis zum nationalen Vertragsrecht	260
II. Erhebliche Preiserhöhung	260
1. Voraussetzungen des § 651f I	261
2. Angebot des Reiseveranstalters	261
3. Informationspflichten	262
4. Frist	262
5. Zustimmungsfiction	262
III. Erhebliche Leistungsänderungen	263
1. Nach Vertragsschluss eingetretener Umstand	263
2. Wesentliche Eigenschaften der Reiseleistungen	263
3. Besondere Vorgaben des Reisenden	266

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Weitere Voraussetzungen	266
IV. Rechtsfolgen	266
§ 16 Rücktritt vor Reisebeginn (§ 651h)	267
I. Normzweck und Anwendungsbereich	268
II. Rücktrittsrecht des Reisenden	269
1. Freies Lösungsrecht vor Reisebeginn	269
2. Andere Lösungsmöglichkeiten des Reisenden	269
a) Kündigung wegen Reisemängeln	269
b) Rücktritt bei erheblichen Vertragsänderungen vor Reisebeginn	270
c) Rücktritt nach Reisebeginn	270
d) Anfechtung	270
3. Rücktrittserklärung	271
a) Form	271
b) Adressat	271
c) Zeit	271
4. Wirkungen des Rücktritts	272
a) Verlust des Reisepreises	272
b) Allgemeines zum Entschädigungsanspruch	273
c) Entschädigungsanspruch aus vertraglicher Vereinbarung	273
aa) AGB-Vorschriften	273
bb) Bemessungskriterien	277
cc) Zulässige Höhe	277
dd) Rechtsfolgen unwirksamer Klauseln	280
d) Entschädigungsanspruch bei Fehlen einer vertraglichen Vereinbarung	281
aa) Ersparte Aufwendungen	281
bb) Erwerb durch anderweitige Verwendung	281
e) Kein Entschädigungsanspruch bei unvermeidbaren, außergewöhnlichen Umständen	282
III. Rücktrittsrecht des Reiseveranstalters	283
1. Gesetzliche Rücktrittsrechte	283
2. Vertragliche Lösungsrechte	284
3. Wirkungen des Rücktritts	284
IV. Darlegungs- und Beweislast	284
§ 17 Reisemangel und Gewährleistungsrechte (§ 651i)	287
I. Normzweck und Anwendungsbereich	288
1. Verschuldensunabhängige Einstandspflicht	288
2. Verhältnis des reisevertraglichen Gewährleistungsrechts zu anderen Rechten	289
a) Allgemeines Leistungsstörungenrecht	289
b) Anfechtung wegen Irrtums	290
c) Gastwirtschaftung	291
d) Deliktsrecht	292
e) Rechte einzelner Reiseleistungen	293
II. Reisemangel	293
1. Subjektive Mangelbestimmung	294
a) Abweichen von der vereinbarten Beschaffenheit	294
b) Fehlende Eignung für den nach dem Vertrag vorausgesetzten Nutzen	296
2. Objektive Mangelbestimmung	296
3. Nicht- oder unangemessen verspätete Verschaffung von Reiseleistungen	297
4. Grenzen der Einstandspflicht	298
III. Übersicht über die Mängelrechte des Reisenden	299
§ 18 Mängelanzeige (§ 651o)	303
I. Allgemeines und Zweck	303
II. Anzeige der Mängel	304
1. Grundsätzliches	304

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Einzelfragen	305
3. Adressat der Anzeige	306
4. Form der Anzeige	306
a) Allgemeines	306
b) Mängelprotokolle	306
5. Zeitpunkt der Anzeige	307
III. Verstöße gegen die Obliegenheit	307
1. Allgemeines	307
2. Verschuldetes Unterlassen	308
3. Rechtsfolge	309
IV. Abweichende Reisebedingungen	310
§ 19 Abhilfe (§ 651k)	311
I. Anspruch auf Abhilfe	313
1. Abhilfeverlangen	313
a) Recht des Reisenden	313
b) Begriff der Abhilfe	313
c) Form und Inhalt	314
d) Adressat	314
aa) Reiseveranstalter, Reiseleitung, Reisevermittler	314
bb) Präsenz der Reiseleitung	314
cc) Leistungsträger	315
2. Recht zur Verweigerung der Abhilfe	315
3. Abhilfe durch Veranstalter	315
a) Rechtsnatur	315
b) Angemessene Ersatzleistung	316
c) Ersatzunterkunft	317
aa) Unterkunft als Zusicherung	317
bb) Gleichwertigkeit und Zumutbarkeit	318
cc) Umzug	319
dd) Änderung der Unterkunft vor Reisebeginn	319
d) Aufpreis und Kosten	319
II. Recht auf Selbstabhilfe	320
1. Begriff der Selbstabhilfe	320
2. Fristsetzung	320
a) Informationspflicht	320
b) Dauer	320
3. Entbehrlichkeit der Frist	321
a) Verweigerung der Abhilfe	321
b) Sofortige Abhilfe notwendig	321
4. Aufwendungsersatz	322
a) Begriff	322
b) Erforderlichkeit	322
5. Keine Vorschusspflicht	323
III. Beherbergung des Reisenden	323
1. Unterbringungspflicht	323
2. Ausnahmen nach Absatz 5	324
VI. Darlegungs- und Beweislast	325
1. Abhilfe	325
2. Selbstabhilfe	325
§ 20 Kündigung (§ 651l)	326
I. Systematische Stellung und Anwendungsbereich	327
1. Begriff der Kündigung	327
2. Montrealer Übereinkommen	328
3. Kündigung vor Reisebeginn	328
4. Verhältnis zu anderen Lösungsmöglichkeiten	328

Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Rücktritt vor Reisebeginn	328
b) Rücktritt bei Preiserhöhung	329
c) Kündigung aus wichtigem Grund	329
II. Kündigungsgrund	331
1. Allgemeines	331
2. Erhebliche Beeinträchtigung der Reise	331
a) Gesamtwürdigung	331
b) Minderungsquote als Richtwert	332
c) Einheitliche Auslegung	332
d) Bedingungen des Einzelfalls	333
3. Einzelfälle der bisherigen Rechtsprechung	333
III. Formelle Kündigungsvoraussetzungen	335
1. Abhilfeverlangen mit Fristsetzung	335
2. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	336
3. Kündigungserklärung und -adressat	337
IV. Rechtsfolgen der Kündigung	338
1. Reisepreis	338
a) Entfallene Leistungen	338
b) Bereits erbrachte und zur Reisebeendigung notwendige Leistungen	338
2. Notwendige Maßnahmen nach Vertragsaufhebung	338
a) Allgemeines	338
b) Sonderfall: Rückbeförderung	339
3. Sonstige Ausgaben des Reisenden	340
4. Unwirksame Kündigung	340
V. Abweichende AGB	340
VI. Darlegungs- und Beweislast	340
§ 21 Minderung (§ 651m)	342
I. Inhalt und Zweck	343
1. Minderung kraft Gesetzes	343
2. Verhältnis zur Verletzung der Informationspflicht	344
3. Verhältnis zur Kündigung	344
4. Verhältnis zum Schadensersatz	344
5. Verhältnis zur Ausgleichszahlung der Fluggastrechte	345
II. Voraussetzungen der Minderung	346
1. Reisemangel	346
2. Mängelanzeige	346
a) Zweck	346
b) Formelle Entstehungsvoraussetzung	346
c) Verhältnis zum Abhilfeverlangen	346
d) Adressat der Anzeige	347
e) Form der Anzeige	347
f) Beweiswert von Mängelprotokollen	347
g) Zeitpunkt der Anzeige	348
h) Entbehrlichkeit der Anzeige	348
aa) Unmöglichkeit der Beseitigung	348
bb) Kenntnis des Mangels	348
i) Schuldloses Unterlassen	349
j) Abweichende Reisebedingungen	350
III. Höhe der Minderung	350
1. Berechnungsformel	350
2. Bezugsgröße der Minderung	350
a) Gesamtreisepreis als Grundlage	350
b) Teilpreis	351
c) Nebenleistungen	351
d) Zusammengesetzte Reisen	351
3. Minderungskriterien	352

Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Schätzung	352
b) Objektiver Maßstab	353
c) Zeitliche Dauer	353
d) Rückwirkung und Ausstrahlung	355
e) Nutzungsbeeinträchtigung	356
f) Mittelbar Betroffene	356
4. Frankfurter Tabelle	357
5. Rechtsfolgen	358
IV. Darlegungs- und Beweislast	358
 Anhang zu § 21: Mängel- und Minderungsübersicht	360
I. Allgemeines	362
1. Überblick ab Pauschalreiserichtlinie 90/314/EWG	362
2. Bewertung der Reisemängel	363
II. Mängel vor Reisebeginn	363
1. Informationspflichten	363
a) Reisemangel	363
b) Einreisebestimmungen	363
c) Zielgebiet	365
2. Buchungsfehler	366
III. Mängel der Beförderung	367
1. Allgemeines	367
a) Transportbeeinträchtigen	367
b) EU-Fluggastrechte	367
2. Flug	368
a) Abfertigung	368
b) Überbuchung	369
c) Verspätung	369
d) Flugzeitänderungen	370
e) Änderung des Flughafens	373
f) Wechsel der Fluggesellschaft und des Transportmittels	374
g) Flugunterbrechung	374
h) Service und Komfort	375
i) Flugsicherheit	377
j) Transfer	378
k) Fluggepäck	378
3. Bus	380
a) Verspätung	380
b) Sicherheit und Komfort	380
4. Eisenbahn	382
IV. Mängel der Unterkunft	383
1. Ersatzunterkunft	383
a) Andere Unterkunft	383
b) Anderes Zimmer und Belegung	386
c) Abweichende Hotelkategorie und Bewertung	388
d) Andere Merkmale der Umgebung	389
e) Umzug	389
2. Zimmer und Bungalow	390
a) Größe und Ausstattung	390
b) Defekte Ausstattung	391
c) Sanitäre Einrichtungen und Versorgung	392
d) Heizung	393
e) Klimaanlage	394
f) Balkon, Meerblick und Terrasse	395
g) Ferienunterkünfte	395
h) Behindertengerechte Unterbringung	396
3. Verschmutzung und Service	397

Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Verschmutzung	397
b) Service	398
4. Schwimmbad und Hoteleinrichtungen	399
5. Verletzungen und Verkehrssicherungspflichten	401
6. Lärm	403
a) Hotellärm	404
b) Straßenlärm	405
c) Fluglärm	406
d) Baulärm	406
7. Belästigungen	408
a) Persönliche Belästigungen	408
b) Behinderte Reisende	409
c) Benehmen	409
d) Sicherheitsvorkehrungen	411
8. Verpflegung	411
a) Service	411
b) Qualität und Quantität	413
c) Erkrankungen	414
V. Mängel im Zielgebiet	416
1. Strandentfernung	416
2. Strandbeschaffenheit	416
3. Meer und Baden	418
4. Ungeziefer	419
5. Tiere	421
6. Müll und Gerüche	422
7. Sicherheit und Straftaten	422
8. Naturkatastrophen	423
VI. Mängel sonstiger Dienstleistungen	424
1. Kinderbetreuung und Spielplätze	424
2. Reiseleitung	425
3. Ausflüge	426
VII. Mängel bei Spezialreisen	427
1. Kreuzfahrt	427
a) Grundsätze der Minderung	427
b) Einschiffung und Kabine	428
c) Abweichungen der Route	429
d) Schiffdefekte und Lärm	441
e) Verpflegung, Service und Erkrankung	432
f) Lebensrisiken und Wetter	434
g) Schiffsarzt	434
2. Club- und All-Inclusive-Reisen	435
3. Studienreisen	436
4. Abenteuer- und Wanderreisen	437
a) Reisecharakter	437
b) Reisemängel	437
c) Selbstgefährdung	439
d) Lebensrisiken	439
5. Skireisen	440
a) Reisemängel	440
b) Pisten, Skieinrichtungen und Unterkünfte	440
c) Skiunfälle und Lawinen	441
d) Schneemangel	442
6. Sportreisen	443
7. Fortuna-Reisen	445
8. Sprachreisen	446
9. Städte- und Eventreisen	447
10. Wohnmobilreisen	448

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 22 Schadensersatz (§ 651n)	450
I. Inhalt und Zweck	452
1. Allgemeines	452
2. Rechtsnatur des Schadensersatzanspruchs	454
3. Abgrenzung und Verhältnis zu anderen Vorschriften	455
a) Minderung und Kündigung	455
b) Nebenpflichtverletzung und Verschulden bei Vertragsschluss	456
c) Ansprüche aus Delikt	456
4. Verhältnis zum Montrealer Übereinkommen	457
5. Verhältnis zur Haftungsbegrenzung	457
II. Schadensersatzanspruch nach § 651n I	458
1. Reisemangel	458
2. Mängelanzeige	458
3. Ausschlussstatbestände	458
a) Grundsätzliches	458
b) Entlastungsgrund Nr. 1	459
aa) Allgemeines	459
bb) Kürzung des Anspruchs	459
c) Entlastungsgrund Nr. 2	460
aa) Allgemeines	460
bb) Einzelfälle	461
d) Entlastungsgrund Nr. 3	462
aa) Allgemeines	462
bb) Einzelfälle	462
4. Umfang des Schadens	464
a) Grundsätzliches	464
b) Typische Schadenspositionen	464
5. Ersatz von Aufwendungen	465
III. Entschädigungsanspruch des § 651n II	466
1. Überblick	466
2. Verhältnis zum Montrealer Übereinkommen	466
3. Dogmatische Einzelfragen	467
a) Immaterielle Rechtsnatur	467
b) Abtret- und Vererbbarkeit	468
4. Einzelfragen zum Anwendungsbereich	469
a) Geschäftsreisende	469
b) Analoge Anwendung	470
5. Vereitelung oder erhebliche Beeinträchtigung der Reise	470
a) Vereitelte Reise	470
b) Erhebliche Beeinträchtigung der Reise	471
aa) Richtlinienkonformität	471
bb) Bewertungskriterien	472
cc) Mängel bei Teilen der Reise	473
6. Anderweitig verbrachte Reisezeit	474
7. Bemessung der Entschädigung	475
IV. Deliktische Verkehrssicherungspflichten	475
1. Inhalt	475
a) Begriff der Verkehrssicherungspflichten	475
b) Anspruchskonkurrenz	476
c) Kollisionsrecht	477
2. Leistungsträger kein Verrichtungsgehilfe	478
3. Haftung des Leistungsträgers	478
4. Entwicklung durch den BGH	479
5. Örtliche Verhältnisse als Sicherheitsstandard	480
6. Verletzungshandlungen des Reiseveranstalters	481
7. Fallgruppen der Sicherheitsgefahren	481
a) Unterkünfte	481

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Spiel- und Sportanlagen	482
c) Wanderungen, Ausflüge, Trecking und Skireisen	484
d) Beförderungsleistungen	484
aa) Allgemeines	484
bb) Busse und Boote	485
cc) Kreuzfahrt- bzw. Segelschiffe	485
dd) Flugzeuge	486
V. Darlegungs- und Beweislast	486
1. Reisender	486
2. Beweislastumkehr	486
3. Anscheinsbeweis bei Erkrankungen	487
4. Entschädigung	488
5. Schmerzensgeld	488
6. Deliktshaftung	491
§ 23 Beistandspflicht (§ 651q)	492
I. Inhalt und Zweck	492
II. Regelungsgegenstand des Absatzes 1	493
1. Beistandsgewährung durch den Reiseveranstalter	493
2. Reichweite des Begriffs der „Schwierigkeiten“	494
III. Regelungsgegenstand des Absatzes 2	494
IV. Darlegungs- und Beweislast	495
§ 24 Haftungsbeschränkung und Anrechnung (§ 651p)	496
I. Regelungsübersicht	498
II. Vertragliche Haftungsbeschränkung	498
1. Allgemeines	498
2. Umfang der Beschränkung	499
a) Vertragliche Schadensersatzansprüche	499
b) Deliktische Ansprüche	499
3. Vereinbarung	500
4. Haftungsbeschränkung und AGB-Kontrolle	500
III. Gesetzliche Haftungsbeschränkung auf Grund internationaler Übereinkommen für Leistungserbringer	501
1. Zweck	501
2. Internationale Übereinkommen	501
a) Vorrang des Völkerrechts	501
b) Rezeption des Völker- und Unionsrecht	502
3. Beförderungsleistungen	502
a) Allgemeines	502
aa) Sperrwirkung des Montrealer Übereinkommen	503
bb) Umfassender Schadensbegriff	503
cc) Verschuldensunabhängige Gewährleistungsrechte	503
dd) Haftungsbeschränkungen	504
b) Luftbeförderung	504
c) Eisenbahnbeförderung	505
d) Busbeförderung	505
e) Schiffsbeförderung	505
4. Unterkunftsleistungen	506
IV. AGB-Klauseln zur Haftungsbeschränkung	506
1. ARB-DRV	506
2. Andere Klauseln	506
a) Nichtkörperschäden	506
b) Haftungsverzicht bei Risikoreisen	507
V. Darlegungs- und Beweislast	507
VI. Anrechnung	507
1. Regelungsüberblick und Hintergrund	507
2. Gesetzlich vorgesehene Fälle	508

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Anzurechnende Zahlungen	509
4. Beweislast	510
§ 25 Verjährung (§ 651j)	511
I. Bisherige Rechtslage	511
II. Neue Rechtslage	512
III. Verjährung	512
1. Allgemeines	512
2. Anwendungsbereich	512
3. Bestimmung der Frist	514
a) Fristberechnung	514
b) Hemmung der Verjährung	514
aa) Allgemeines	514
bb) Verhandlungen	514
cc) Rechtsverfolgung und außergerichtliche Streitbeilegung	517
dd) Neubeginn durch Anerkenntnis	518
c) Gesetzliche Sondervorschriften	518
4. Darlegungs- und Beweislast	518
3. Kapitel. Vermittlung (§§ 651v und 651w)	
§ 26 Vermittlung von Pauschalreisen (§ 651v)	520
I. Vorbemerkung	521
II. Reisevermittler	521
III. Vorvertragliche Informationspflichten	522
IV. Annahme von Kundengeldern	523
1. Zahlung an Reisevermittler	523
2. Sicherungsschein	524
V. Sitz des Reisveranstalters außerhalb der EU	525
VI. Mängelanzeige	525
§ 27 Vermittlung verbundener Reiseleistungen (§ 651w)	528
I. Vorbemerkungen	529
II. Abgrenzung zu § 651c	530
III. Verbundene Reiseleistungen	531
1. Allgemeines	531
2. Vermittlung des Reisenden an denselben Unternehmer	532
3. Buchung während eines Besuchs in einer Vertriebsstelle	533
4. Getrennte Rechnungen und Bezahlvorgang	533
5. 24-Stunden-Regel bei gezielter Vermittlung	534
IV. Pflichten	536
1. Informationspflichten	536
a) Formblätter	536
b) Ergänzung sowie Anpassung bzw. erläuternde Hinweise	537
c) Überlassung des Formblattes	538
aa) Zeitpunkt der Überlassung	538
bb) Form der Überlassung	538
cc) Dokumentation der Überlassung	538
d) Vermittler außerhalb des EWR	539
2. Insolvenzabsicherungspflicht	539
a) Allgemeines	539
b) Entbehrlichkeit der Absicherung	540
V. Sanktionen bei Pflichtverletzung	541
VI. Unterrichtung der Unternehmer untereinander	542
VII. Einzelfragen	542
1. Scheinpaket	542
2. Option und weitere Buchung	544
3. Informationspflichten bei der Vermittlung von Pauschalreise und Einzelleistung	545

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Kapitel. Einzelleistungen	
§ 28 Einzelleistungen	547
I. Überblick	547
II. Alte Rechtslage: Analoge Anwendung	548
III. Neue Rechtslage: Keine analoge Anwendung	549
IV. Diskussionsstand und Entwicklungen	550
5. Kapitel. Reiserecht und Wettbewerbsrecht	
§ 29 Unlauterer Wettbewerb	553
I. Allgemeine Grundlagen des Lauterkeitsrechts	555
1. Reiserecht und Wettbewerb	555
2. Europäische und nationale Rechtsquellen	556
3. Entwicklung des UWG und UWG-Novellen 2008 und 2015	556
4. Unterlassungsklagengesetz (UKlaG)	557
II. Unlautere geschäftliche Handlungen in der Touristik	558
1. Geschäftliche Handlung	558
2. Unlauterkeit	558
3. Rechtsbruch	558
a) Marktverhaltensregelung	558
aa) Zweck der Norm	558
bb) Spürbarkeit	559
cc) Marktverhaltensregelungen in der Touristik	559
b) Pauschalreiserechtliche Vorschriften und Allgemeine Reisebedingungen	559
aa) Allgemeines	559
bb) Leistungs- und Preisänderungen	559
cc) Anzahlung	560
dd) Stornoklauseln	560
c) Insolvenzversicherung	562
aa) Marktverhaltensregelung	562
bb) Werbung mit Sicherungsschein	563
cc) Einzelfälle	563
d) Pauschalreiserechtliche Informationspflichten	564
3. Mitbewerberschutz	566
a) Herabsetzung von Mitbewerbern	566
b) Anschwärzung und Online-Bewertungsportale	567
c) Nachahmung	569
III. Irreführende geschäftliche Handlungen in der Touristik	569
1. Irreführungsverbot	569
a) Geschäftliche Handlung	569
b) Fallgruppen	569
c) Tatsachenbehauptung	569
d) Irreführung	570
2. Prospektwahrheit und Prospektklarheit	570
a) Produktbezogene Irreführung	570
b) Einzelfälle	570
3. Preisnachlässe und Gutscheine	573
a) Grundsätzlich zulässig	573
b) Angebotsdifferenzierung	573
c) Rabatt	573
d) Provisionsrückvergütung	574
e) Zugaben	575
f) Kundenbindungs- und Vielfliegerprogramme	576
g) Preisausschreiben und Glücksspiel	576
h) Gewinnreise	577
aa) Gewinnzusage	577

Inhaltsverzeichnis

	Seite
bb) Schwarze Liste	577
4. Last-Minute-Reise	578
5. Sonderangebote	578
6. Werbe- und Verkaufsfreise	579
7. Lockvogelwerbung	580
8. Werbung mit Selbstverständlichkeiten	580
9. Spitzenstellung	581
10. Hotelklassifizierung und Sternekennzeichen	582
a) Hotellerie	582
b) Bussterne	583
c) Kreuzfahrtschiff	583
11. Timesharing	583
12. Irreführung durch Unterlassen	584
a) Allgemeines	584
b) Einzelfälle	584
13. Vergleichende Werbung	585
14. Unzumutbare Belästigung	585
a) Werbebriefe, Prospekte und Flyer	585
b) Telefonanrufe, Fax und E-Mail	586
c) Straßenwerbung und Messen	586
IV. Preisangabe und Gesamtpreis	586
1. Rechtsgrundlagen	586
2. Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 über Luftverkehrsdienste	587
a) Vorrang der EU-Verordnung	587
b) Gesamtpreis des Fluges	588
aa) Allgemeines	588
bb) Öffentliches Medium	589
cc) Reiseveranstalter und Reisevermittler	589
c) Einzelfragen im Luftverkehr	589
aa) Flugzusatzkosten neben Gesamtpreis	589
bb) Gesamtpreis bei Buchungsbeginn	589
cc) Fakultative Zusatzleistung und Opt-in	589
dd) Preis nach Leistungseinheit	590
ee) „ab“-Preis	591
ff) Treibstoffzuschlag	591
gg) Entgelt für Zahlungsmittel	591
hh) Reisegepäck	592
ii) Irreführende Flugnebenkosten	593
jj) Sanktionen	593
3. Gesamtpreis der Preisangabenverordnung	593
a) Allgemeines	593
b) Serviceentgelt bei Reisevermittlung	594
aa) Pauschalreise	594
bb) Vermittlung anderer Reiseleistungen	594
c) „Zwangstrinkgeld“ auf Kreuzfahrten	595
d) Auf- und Abschläge bei Pauschalreisen	595
e) Nebenkosten bei Ferienunterkünften	596
f) Währung	597
g) Gaststätten	598
h) Sanktionen	598
V. Durchsetzung und Abwehr von Ansprüchen	598
1. Wettbewerbsrechtliche Ansprüche	598
a) Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch	598
b) Schadensersatz- und Auskunftsanspruch	599
c) Gewinnabschöpfung	599
2. Anspruchsberechtigte und -verpflichtete	599
3. Unterlassungsklage (UKlaG)	600

Inhaltsverzeichnis

4. Wettbewerbsverfahren	Seite
a) Zuständigkeit	601
b) Abmahnung	601
c) Einstweilige Verfügung	602
d) Güteverfahren	602
e) Verjährung	602

2. Teil. Reiseversicherungen

6. Kapitel. Allgemeines Reiseversicherungsrecht

§ 30 Allgemeiner Teil der Versicherungsbedingungen für die Reiseversicherung (AT-Reise 2008)	603
I. Reiseversicherungen im Allgemeinen	608
1. Entwicklung der Versicherungsbedingungen	608
2. Versicherungsvermittlungsrecht	609
a) EU-Versicherungsvertriebs-Richtlinie IDD	609
b) Versicherungsvermittler in Nebentätigkeit	610
II. Abschluss des Versicherungsvertrages	611
1. Versicherungsvertrag	611
a) Kollektivverträge	611
b) Vermittlung über Reiseveranstalter	611
c) Vermittlung durch Reisebüro	612
d) Direktvertrieb im Internet	612
e) Überweisungspolice	621
f) Kreditkarte	613
g) „Opt-in“ bei Online-Portalen	613
2. Versicherungsbedingungen	614
a) Vereinbarung der AVB	614
b) Inhaltskontrolle	614
3. Widerruf des Versicherungsvertrages	615
4. Beratungspflicht des Reiseveranstalters/Reisevermittlers über Reiseversicherungen ..	616
a) Informationspflichten beim Pauschalreisevertrag	616
b) Weitergehende Informationen	616
III. Versicherte Reise und Geltungsbereich	616
1. Begriff der Reise	616
2. Dauer der Reise	617
3. Akzessorietät zwischen Versicherungsvertrag und Reise	617
IV. Zahlung der Prämie	618
V. Beginn und Ende des Versicherungsschutzes	618
1. Reise-Rücktrittskosten-Versicherung	618
2. Reisegepäck-Versicherung	618
VI. Allgemeine Risikoausschlüsse	619
VII. Ansprüche gegen Dritte	619
VIII. Zahlung der Entschädigung	619
IX. Verjährung	620
X. Gerichtsstand und anwendbares Recht	620
1. Gerichtsstand	620
a) Natürliche Personen	620
b) Juristische Personen	620
2. Rechtswahl	621

7. Kapitel. Reiserücktrittskosten- und Reiseabbruchversicherung

§ 31 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiserücktrittskostenversicherung (VB-Reiserücktritt 2008)	622
---	-----

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Gegenstand der Versicherung	625
1. Nichtantritt der Reise	625
2. Rücktrittskosten	626
a) Stornokosten	626
b) Berechnung	627
c) Vermittlungsentgelt	628
II. Versicherte Ereignisse und Risikopersonen	628
1. Überblick	628
2. Tatbestandsvoraussetzungen	629
a) Versichertes Ereignis bei einer Risikoperson	629
b) Unzumutbarkeit der Reisedurchführung	629
c) Kausalität	629
3. Tod und schwerer Unfall	629
a) Tod	629
b) Schwerer Unfall	630
4. Unerwartete schwere Erkrankung	630
a) Schwere Krankheit	630
aa) Krankheit	630
bb) Schwer	631
b) Unerwartet	632
aa) Begriff	632
bb) AGB-Kontrolle	632
cc) Bisherige Rechtsprechung	633
dd) Einzelfälle	634
ee) Unzumutbarkeit der Reise	638
5. Impfunverträglichkeit	638
6. Schwangerschaft	639
7. Schaden am Eigentum	640
8. Verlust des Arbeitsplatzes und weitere Ereignisse	640
9. Risikopersonen	641
III. Ausschlüsse	642
1. Risikoausschlüsse	642
2. Schuldhaftes Herbeiführen	642
IV. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles	642
1. Stornierungs- und Schadensminderungspflicht	642
a) Allgemeines	642
b) Einzelfälle	643
2. Nachweis des Schadens	645
3. Auskunftspflicht und ärztliches Attest	645
4. Obliegenheitsverletzung	646
V. Selbstbehalt	647
VI. Versicherungswert und Unterversicherung	647
VII. Darlegungs- und Beweislast	647
 § 32 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiseabbruchversicherung (VB-Reiseabbruch 2008)	 649
I. Gegenstand der Reiseabbruch-Versicherung	651
1. Zweck der Versicherung und Abbruch der Reise	651
a) Zweck und Information	651
b) Reiseabbruch	652
2. Zusätzliche Rückreisekosten	652
3. Nicht genutzte Reiseleistungen	654
4. Verlängerter Aufenthalt	655
II. Versicherte Ereignisse und Risikopersonen	655
III. Ausschlüsse	655
IV. Obliegenheiten im Versicherungsfall und Beweislast	655

Inhaltsverzeichnis

Seite

8. Kapitel. Reisegepäck-Versicherung

§ 33 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reisegepäckversicherung (VB-Reisegepäck 2008)	657
I. Reisegepäck-Versicherung im Allgemeinen	661
1. Versicherungsbedingungen Reisegepäck 2008	661
2. Abschluss des Versicherungsvertrages	661
a) Informationspflichten	661
b) Bagatellvermittler	662
3. Ansprüche gegen Reiseveranstalter, Luftfrachtführer und Hausratversicherung	662
4. Versicherte Personen	663
II. Beginn und Ende des Versicherungsschutzes sowie Geltungsbereich	663
1. Laufzeit des Versicherungsvertrages	663
a) Kurzzeitverträge	663
b) Verlängerung kurzzeitiger Verträge	663
2. Beginn des Versicherungsschutzes	663
a) Begriff der Reise	663
b) Reisebeginn	664
c) Reiseende	664
III. Versicherte Sachen	665
1. Begriff des Reisegepäckes	665
2. Sachen	665
3. Persönlicher Reisebedarf	665
4. Geschenke, Reiseandenken	666
IV. Versicherte Gefahren und Schäden	666
1. Allgefahrenschutz bei organisiertem Drittgewahrsam	667
a) Organisierter Drittgewahrsam	667
b) Abhandengekommene Sachen	667
c) Beschädigte Sachen	667
d) Verzögerungen	668
2. Mitgeführtes Reisegepäck während übriger Reisezeit	668
a) Diebstahl, Einbruchdiebstahl, Raub, räuberische Erpressung, vorsätzliche Sachbeschädigung	668
b) Transportmittelunfall	668
c) Feuer, Explosion und Elementarereignisse	669
V. Ausschlüsse und Einschränkungen	669
1. Risikobegrenzung	669
2. Nicht versicherte Gegenstände	670
a) Geld und Dokumente	670
b) Land-, Luft- und Wasserfahrzeuge	670
c) Brillen, Hörgeräte und Prothesen	670
d) Video- und Fotoapparate, Schmuck und Kostbarkeiten	671
e) Sportgeräte	671
f) Verlieren	672
g) Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit	672
3. Einschränkungen des Versicherungsschutzes	672
a) Sichere Verwahrung im persönlichen Gewahrsam	672
b) Begrenzung der Leistungshöhe bei bestimmten Gegenständen	675
c) Versicherungsschutz beim Camping	675
4. Reisegepäck im abgestellten Kraftfahrzeug	675
a) Rechtsnatur der Kfz-Klausel	676
b) Begriff des Kfz	676
c) Versicherte Gefahr	676
d) Abgestelltes Kraftfahrzeug	676
e) Mit Verschluss gesichert	677
f) Schmucksachen und Kostbarkeiten	677
5. Rechtsprechung zur groben Fahrlässigkeit	678

Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Wertvolles Reisegepäck	678
b) Starker Publikumsverkehr	680
VI. Höhe der Entschädigung	683
1. Zeitwert bei Totalschaden oder Abhandenkommen	683
2. Beschädigte Sachen	683
3. Filme und Datenträger	683
4. Ausweispapiere	684
VII. Versicherungssumme und Unterversicherung	684
1. Versicherungssumme	684
2. Unterversicherung	684
3. Selbstbehalt	685
VIII. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles	685
1. Schadensanzeige bei Versicherer	685
2. Strafanzeige bei Polizei	685
a) Allgemeines	685
b) Unverzügliche Anzeige	685
c) Stehlgutliste	686
3. Meldung bei Fluggesellschaft und Beherbergungsbetrieb	686
4. Schadensminderung	687
5. Aufklärung	687
IX. Rechtsfolgen der Obliegenheitsverletzung	688
1. Allgemeines	688
2. Schadensnachweis und Beweislast	689
a) Anscheinsbeweis	689
b) Erschütterung der Redlichkeit	689
3. Vorsatz	690
a) Begriff und Beweislast	690
b) Relevanz-Rechtsprechung	691
4. Grobe Fahrlässigkeit bei Obliegenheitsverletzung	692
a) Begriff	692
b) Beweislast	692
5. Repräsentanten des Versicherungsnehmers	692

3. Teil. Beförderungsrecht

9. Kapitel. Grundlagen des Luftbeförderungsrechts

§ 34 Rechtsquellen des Luftbeförderungsrechts	700
I. Luftverkehr	701
1. Luftbeförderung von Personen und Gepäck	701
2. Fluglinienverkehr	701
3. Gewerblicher Gelegenheitsverkehr (Charter)	701
II. Rechtsquellen des Internationalen Einheitsrechts	702
1. Vorrang des Einheitsrechts	702
2. Montrealer Übereinkommen (MÜ)	703
3. Warschauer Abkommen (WA)	704
4. IATA Inter-carrier Agreement	705
III. Europäisches Unionsrecht	705
1. VO (EG) Nr. 889/2002 über Haftung bei Unfällen	705
2. EG-Verordnungen über Passagierrechte	706
3. VO (EG) Nr. 261/2004 über Fluggastrechte	707
4. VO (EG) Nr. 1107/2006 über Rechte von Fluggästen mit eingeschränkter Mobilität	707
5. VO (EG) Nr. 1008/2008 für Luftverkehrsdienste	708
6. VO (EG) Nr. 2111/2005 über die Identität des Luftfahrtunternehmens	709
IV. Nationale Rechtsquellen	710
1. BGB und Werkvertragsrecht des Luftbeförderungsvertrages	710
2. Pauschalreisevertragsrecht und Flugpauschalreise	710

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Luftverkehrsgesetz	711
4. Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) und PAngV	711
V. Auslegung der Rechtsakte	711
1. Montrealer Übereinkommen und Warschauer Abkommen	711
2. Unionsrecht	712
VI. Kollisionsnormen	713
1. Montrealer Übereinkommen	713
2. EU-Verordnungen	713
3. Rom I-VO für Luftbeförderungsvertrag	714
a) Allgemeines	714
b) Freie Rechtswahl und objektive Anknüpfung	714
c) Ausweichklausel	715
d) Beförderungsvertrag kein Verbrauchervertrag	715
4. Deliktsstatut nach Rom II-VO	716
5. Internationaler Gerichtsstand	717
a) Vorrang des MÜ	717
b) Brüssel Ia-Verordnung	717
c) Luftfahrtunternehmen aus Drittstaaten	718
§ 35 Luftbeförderungsvertrag	719
I. Rechtsnatur des Luftbeförderungsvertrages	722
1. Werkvertrag	722
2. Anwendbarkeit deutschen Rechts	723
3. Flug	723
a) Begriff	723
b) Direktflug – Nonstop-Flug	724
4. Vertrag zu Gunsten Dritter	724
5. Nur-Flug als Werkvertrag	725
II. Vertragsparteien	725
1. Vertragliches Luftfahrtunternehmen	725
a) Luftfahrtunternehmen	725
b) Reiseveranstalter	726
c) Reiseveranstalter	726
d) Aufeinanderfolgende Beförderung	727
2. Fluggast	727
a) Begriff	727
b) Unentgeltliche Beförderung	728
c) Minderjährige	728
d) Blinde Passagiere	728
e) Bordpersonal	729
III. Unternehmen als Dritte	729
1. Ausführendes Luftfahrtunternehmen	729
2. Flughafenbetreiber	730
a) Infrastrukturunternehmen	730
b) Erfüllungsgehilfe des Luftfahrtunternehmens	731
IV. Vertragsschluss und Flugschein	731
1. Buchung	731
a) Kontrahierungszwang	731
b) Nichtbeförderung wegen Blockade-Gesetz	732
b) Formlosigkeit	734
c) Flugschein	735
2. Namensänderung	736
3. Rückbestätigung	737
V. Einbeziehung von AGB in den Luftbeförderungsvertrag	738
1. Anwendbarkeit des AGB-Rechts	738
2. Einbeziehung mit Verbraucher	739
3. Einbeziehung mit Unternehmer	740

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Anwendungsbereich des WA	741
VI. Pflichten des Luftfahrtunternehmens	741
1. Hauptleistungspflichten	741
2. Nebenleistungspflichten	742
3. Schadensersatz	742
4. Einzelfälle	743
a) Abfertigung des Fluggastes	743
b) Sicherheitskontrolle	743
c) Einreisebestimmungen	744
d) Fluggastdaten	745
e) Schutz- und Fürsorgepflichten	749
f) Privatrechtliche Weisungsbefugnis und hoheitliche Bordgewalt	749
VII. Pflichten des Fluggasts	751
1. Zahlung des Flugpreises	751
a) Preisfreiheit	751
b) Gesamtpreis	752
c) Vorauszahlung des Flugpreises	752
d) Preisirrtum	754
e) Nichtzahlung des Flugpreises	754
f) Flugprämienprogramm	754
g) Sonstiges	756
VIII. Rücktritt durch Fluggast	756
1. Freies Rücktrittsrecht	756
2. Vergütung erbrachter Leistungen	756
a) Erstattungsanspruch	756
b) Individualvereinbarung oder AGB	757
c) Ersparte Aufwendungen oder anderweitiger Erlös	758
3. Erstattung von Abgaben	758
4. Bearbeitungsentgelt	759
5. Reihenfolge der Benutzung der Flugcoupons (Cross-Ticketing)	759
IX. Nichtbeförderung des Fluggastes und Annullierung des Fluges	761
1. Reichweite der Haftung	761
a) Anwendung des Montrealer Übereinkommens	761
b) Anwendung der Fluggastrechte-VO	761
c) Luftbeförderung als relatives Fixgeschäft des BGB	762
2. Nichtbeförderung auf dem gebuchten Flug	763
a) Begriff	763
b) Umbuchung und Ersatzbeförderung	763
c) Änderung der Flugzeiten	764
3. Annullierung des Fluges	765
4. Rechtsfolgen beim Luftbeförderungsvertrag	765
a) Rücktritt vom Vertrag	765
b) Schadensersatz statt der Leistung	766
c) Vertretenmüssen bei Schadensersatz	767
c) Schaden	767
X. Flugverspätung	768
1. Konkurrenzen	768
2. Keine Preisminderung	769
XI. Pflichtverletzungen luftfahrtuntypischer Gefahren	770
1. Vorrang des Montrealer Übereinkommens	770
2. Einzelfälle	770
XII. Rechtsdurchsetzung	771
 § 36 Schlichtung im Luftverkehr	 772
I. Notwendigkeit der Schlichtung	773
1. Allgemeines	773
a) Gesetz zur Schlichtung im Luftverkehr	773

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Schlichtung in Verkehrssachen	773
c) Verbraucherstreitbeilegungsgesetz und ADR-Richtlinie	774
2. Flut von Beschwerden und Gerichtsverfahren	775
3. Hohes Prozessrisiko	775
4. Erfolgreiche Vorbilder	776
5. Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr (söp)	776
II. Privatrechtliche oder behördliche Schlichtung	777
1. Privatrechtlich organisierte Schlichtung	777
2. Behördliche Schlichtung	778
III. Kosten	778
1. Erhebung eines Entgelts/Gebühr	778
2. Fälle des Missbrauchs	779
IV. Inhalt der Regelung	779
1. Zahlungsansprüche des Fluggastes	779
2. Nichtbeförderung, Annullierung und Verspätung von Flügen	780
3. Reisegepäck	781
4. Behinderte oder mobilitätseingeschränkte Personen	781
V. Parteien	781
1. Verbraucher als Gläubiger	781
2. Luftfahrtunternehmen als Schuldner	782
VI. Zulässigkeit der Schlichtung	782
1. Gesetzlicher Ausschluss	782
2. Reisevertragliche Gewährleistungsrechte	783
3. Zuständigkeit deutscher Gerichte	783
4. Klärung grundsätzlicher Rechtsfragen	783
5. Rechtsweggarantie	783
6. Bindungswirkung des Vergleichs	784
VII. Verfahren	784
1. Luftverkehrsschlichtungsverordnung (LuftSchlichtV)	784
2. Information	784
3. Kosten außergerichtlicher Geltendmachung	784
4. Schlichtungsverfahren der söp	785
a) Mitgliedschaft	785
b) Schlichtungsablauf	785
c) Schlichtungsgegenstände	785
d) Bindungswirkung	786
d) Kosten	786

10. Kapitel. Montrealer Übereinkommen

§ 37 Montrealer Übereinkommen zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften über die Beförderung im internationalen Luftverkehr	787
I. Anwendungsbereich des MÜ	790
1. Internationales Einheitsrecht und Unionsrecht	790
2. Mitgliedsstaaten des MÜ	791
II. Räumlicher und persönlicher Geltungsbereich	792
1. Allgemeines	792
2. Angleichung aller Regelwerke an das MÜ	793
a) Vorrang des MÜ zwischen Vertragsstaaten	793
b) Weitergeltung des WA	794
c) Erstreckung des MÜ auf Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft	794
d) Schließung von Regelungslücken durch MontÜG	795
e) Schließung von Regelungslücken durch das LuftVG	796
f) Reiseveranstalter kein Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft	797
3. Abschließende Sonderregelung im Anwendungsbereich des MÜ	797
a) Sperrwirkung des Art. 29 MÜ	797
b) Immaterielle Schäden	798

Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Verschuldensunabhängige Gewährleistung des Reiseveranstalters	798
III. Urkunden und Pflichten der Parteien bei Beförderung von Reisenden und Reisegepäck	800
1. Beförderungsschein und Gepäckbeleg	800
2. Pflichten der Parteien	800
IV. Haftung des Luftfrachtführers bei Personenschäden	800
1. Unbegrenzte Haftung	800
a) Grundsatz	800
b) Erhöhung der Haftungshöchstbeträge	801
2. Sonderziehungsrecht (SZR)	801
3. Schadensereignis während Haftungszeitraum	801
a) Unfall	801
b) Haftungszeitraum	802
c) Luftverkehrstypische Gefahr	802
4. Kausalhaftung bis 113.100 SZR	804
5. Entlastungsbeweis	804
6. Art der Personenschäden	805
a) Tod und Hinterbliebenengeld	806
b) Körperverletzung und Schmerzensgeld	806
7. Ausschluss von Strafschadensersatz	807
8. Vorschusspflicht	807
9. Verjährung	807
V. Haftung bei Reisegepäckschäden	808
1. Allgemeines	808
2. Begriff des Reisegepäckes	808
3. Zerstörung, Verlust oder Beschädigung	809
4. Obhutszeitraum bei aufgegebenem Reisegepäck	810
5. Haftungsausschlüsse	811
6. Höchstbetrag	812
a) Absolute Grenze	812
b) Schaden	812
c) Wertdeklaration	813
d) Unbeschränkte Haftung	813
7. Bordgepäck und persönliche Gegenstände	813
8. Mitverschulden	814
VI. Schäden durch Verspätung	815
1. Allgemeines	815
2. Anwendungsbereich	815
a) Nationale und internationale Flüge	815
b) Konkurrenzen zur Verspätungsregelung der Fluggastrechte-VO	815
c) Konkurrenzen zum Werkvertrag	817
3. Begriff der Verspätung	818
a) Überschreiten der Beförderungsfrist	818
b) Erheblichkeitsgrenze	818
4. Luftfahrttypische Kausalität unerheblich	819
5. Haftungszeitraum	819
6. Entlastung	820
a) Verschulden des Luftfrachtführers	820
b) Entlastung für Verhalten Dritter	821
c) Mitverschulden	822
7. Umfang und Höhe des Verspätungsschadens	822
a) Umfang	822
b) Höchstbeträge	823
c) Abweichende Bestimmungen	824
VII. Versicherungspflicht	825
VIII. Schadensanzeige	825
1. Personenschäden	825

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Reisegepäck	825
a) Beschädigung und Verspätung	825
b) Form und Inhalt der Anzeige	826
b) Verlust und Zerstörung des Reisegepäckes	828
c) Fristversäumnis	828
IX. Verfahrensfragen	828
1. Informationspflichten und Beschwerdestelle	828
2. Internationaler Gerichtsstand	829
a) Vorrang des MÜ vor EuGVVO	829
b) Fluggastrechte-VO	829
c) Fünf ausschließliche Gerichtsstände	830
3. Ausschlussfrist	830
a) Anwendungsbereich	830
b) Fristbeginn und Berechnung	831
4. Sachlegitimation	832
a) Aktivlegitimation	832
b) Passivlegitimation	832

11. Kapitel. Verordnung (EG) Nr. 261/2004 über Fluggastrechte

§ 38 Anwendungsbereich der Fluggastrechte-VO	840
I. Überblick	841
1. Bedeutung der Fluggastrechte-VO	841
a) Schutz durch standardisierte Leistungen als Mindestrechte	841
b) Regelungsgegenstand	842
c) Fluggastrechte vor BGH und EuGH	842
d) Reform	844
e) Inkrafttreten	844
2. Wesentlicher Inhalt	845
3. Vereinbarkeit mit Montrealer Übereinkommen	846
4. Auslegung der Verordnung	848
a) Autonome Auslegung	848
b) Hohes Schutzniveau	848
c) Amtssprache	848
d) Leitlinien zur Auslegung der Kommission	849
II. Begriffsbestimmungen	849
1. Luftfahrtunternehmen	849
2. Ausführendes Luftfahrtunternehmen	849
a) Legaldefinition	849
b) Code-Share-Flug	850
3. Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft	850
4. Reiseunternehmen	851
5. Pauschalreise	851
6. Flugschein	851
7. Buchung	852
8. Endziel	852
9. Person mit eingeschränkter Mobilität	853
10. Nichtbeförderung	854
11. Freiwilliger	854
12. Annullierung	854
13. Nicht definierte Begriffe	855
III. Anwendungsbereich	855
1. Sachlicher Anwendungsbereich	855
2. Räumlicher Anwendungsbereich	855
a) Grundsatz	855
b) Flughafen im Gebiet eines Mitgliedstaates	856
c) Gibraltarklausel	856

Inhaltsverzeichnis

	Seite
d) EWR-Staaten	857
e) ECAA-Abkommen	857
f) Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und Schweiz	857
3. Persönlicher Anwendungsbereich	859
a) Grundsatz	859
b) Begriff Flug	859
aa) Nonstop-Flug	859
bb) Hin- und Rückflug	860
cc) Zubringer- und Anschlussflug	860
dd) Zwischenlandung ohne Wechsel des Flugzeugs	861
ee) Zwischenlandung mit Wechsel des Flugzeugs	861
c) Fluggast	862
aa) Anspruchsteller	862
bb) Luftbeförderungsvertrag	863
cc) Flugpauschalreise	863
dd) Mitarbeiter von Unternehmen	863
ee) Verbraucher	863
ff) Kundenbindungsprogramm	863
gg) Kostenlos reisende Fluggäste	864
hh) Nicht öffentlich reduzierter Tarif	864
ii) Helikopter	864
d) Anspruchsgegner	865
aa) Ausführendes Luftfahrtunternehmen	865
bb) Code-Share-Flug	865
cc) Wet-Lease	866
dd) Reiseveranstalter	867
e) Bestätigte Buchung	867
f) Rechtzeitiges Erscheinen	868
§ 39 Nichtbeförderung des Fluggasts	870
I. Nichtbeförderung	871
1. Legaldefinition	871
2. Weigerung der Beförderung	872
2. Anspruchsvoraussetzungen	872
II. Überbuchung	873
1. Wirtschaftlicher Hintergrund	873
2. Vorgänger-VO	873
3. Keine Flugverspätung	873
III. Nichtweiterbeförderung bei verpasstem Anschlussflug	874
1. Verweigerung der Beförderung	874
a) Willentliche Nichtbeförderung	874
b) Anschlussflug mit Zwischenlandung	874
c) Unannehmable Beförderungsangebote	876
2. Einfinden zur Abfertigung	876
3. Weitere Ansprüche	877
a) Ausgleichszahlung bei Ankunftsverspätung	877
b) Nichtbeförderung und Luftbeförderungsvertrag	878
IV. Verlegung und Umbuchung auf anderen Flug	878
1. Verlegung auf anderen Flug durch Luftfahrtunternehmen	878
a) Umgehungsgefahr und Schutzniveau	878
b) Antizipierte Nichtbeförderung	878
c) Check-in nicht notwendig	878
d) Rechtzeitige Unterrichtung des Fluggastes	879
2. Umbuchung durch Reiseveranstalter	879
V. Vertretbare Gründe der Nichtbeförderung	881
1. Persönliche Gründe	881
2. Einzelfälle	882

Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Körperliche Verfassung	882
b) Sicherheit	882
c) Unzureichende Reisepapiere	882
d) Betriebliche Gründe keine Entlastung	882
e) Cross-Ticketing	883
f) Außergewöhnliche Umstände	883
VI. Rechtsfolgen der Nichtbeförderung	884
1. Suche nach Freiwilligen	884
2. Ansprüche bei Nichtbeförderung	884
VII. Reformvorschlag	884
§ 40 Annullierung des Flugs	886
I. Tatbestand der Annullierung von Flügen	887
1. Begriff der Annullierung	887
a) Legaldefinition	887
b) Nichtdurchführung des geplanten Fluges	888
2. Abgrenzung zur Verspätung	888
3. Wesentliche Abweichung der Flugroute	889
4. Unplanmäßige Zwischenlandung	889
5. Umbuchung auf Ersatzflug	890
6. Vorverlegung des Flugs	890
7. Außergewöhnliche Umstände bei Ankunftsverspätung	891
II. Rechtsfolgen der Annullierung	891
1. Ansprüche ohne Entlastung	891
2. Ansprüche mit Entlastung	892
III. Rechtzeitige Information	892
1. Zeitpunkt	892
2. Pflicht des Luftfahrtunternehmens	893
3. Beweislast	894
IV. Außergewöhnliche Umstände	894
1. Begriff	894
a) Keine Legaldefinition	894
b) Nicht beherrschbare Betriebssphäre	896
2. Zumutbare Maßnahmen	898
a) Grundsätze	898
b) Wirtschaftlicher Aufwand tragbar	899
c) Darlegungs- und Beweislast	900
3. Einzelfragen	901
a) Technische Probleme	901
aa) Grundsätze	901
bb) Einzelfälle	902
b) Schlechte Wetterbedingungen	904
aa) Allgemeines	904
bb) Einzelfälle	905
c) Schäden durch Vögel und Bienen	907
d) Flugsicherungsrisiken	908
e) Entscheidungen des Luftverkehrsmanagements	909
f) Flughafensperrung	910
g) Streik	910
aa) Innerbetrieblich und außerbetrieblich	910
bb) Beherrschbarkeit entscheidend	911
cc) Entlastung	912
h) Flughafenbetreiber	914
aa) Grundsätze	914
bb) Schneeräumung	915
cc) Enteistung	915
dd) Beschädigungen des Flugzeugs	916

Inhaltsverzeichnis

	Seite
i) Ausfall von Besatzungsmitgliedern	918
j) Verzögerung der Abfertigung	919
k) Belästigung durch Fluggäste	919
l) Krieg, Bürgerkrieg oder Unruhen	919
m) Insolvenz von Luftfahrtunternehmen oder Entzug der Betriebsgenehmigung	920
§ 41 Verspätung des Flugs	921
I. Begriff der großen Verspätung	922
1. Abflugverspätung	922
2. Große Verspätung	922
II. Ausgleichsleistung bei Ankunftsverspätung	923
1. Ausgleichsleistung durch EuGH seit Sturgeon	923
a) Grundsatz der Gleichbehandlung	923
b) Akzeptanz durch Rechtsprechung und Literatur	924
c) Bindung an EuGH	925
2. Anschluss- und Zubringerflug	925
3. Zeitpunkt des Abflugs	925
4. Zeitpunkt der Ankunft	926
III. Rechtsfolgen der Verspätung	927
1. Allgemeines	927
2. Betreuungsleistungen	927
3. Unterstützungsleistungen (Rücktritt und Erstattung)	927
4. Anderweitige Beförderung	928
5. Ausgleichsleistung	928
a) Außergewöhnliche Umstände	928
b) Abzug einer Teilverspätung	928
c) Kürzung	929
d) Hypothetische Ankunftsverspätung	929
IV. Reformvorschlag	929
§ 42 Ansprüche des Fluggasts	931
I. Ausgleichsanspruch (Art. 7 VO)	934
1. Inhalt	934
2. Rechtsnatur	935
3. Höhe und Berechnung	937
a) Höhe	937
b) Berechnung der Flugstrecke	937
4. Kürzung	938
5. Fälligkeit und Zahlungen	939
II. Erstattung oder anderweitige Beförderung (Unterstützungsleistungen Art. 8 VO)	940
1. Charakter des Anspruchs	940
2. Wahlrecht	940
3. Rücktritt und Erstattung	941
4. Ausnahme bei Pauschalreise	942
5. Rückflug zum ersten Abflugort	943
6. Anderweitige Beförderung zum Endziel	944
7. Verweigerung der Unterstützung	944
III. Betreuungsleistungen (Art. 9 VO)	945
1. Rechtsnatur	945
a) Wiedergutmachungsleistungen	945
b) Zwingendes Recht	945
c) Außergewöhnliche Umstände	945
2. Leistungen	946
a) Umfang	946
b) Personen mit eingeschränkter Mobilität	946
3. Leistungsfälle	947
a) Allgemeines	947
b) Hotelunterbringung	947

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Verweigerung der Betreuungsleistungen	948
a) Schadensersatzanspruch	948
b) Notwendig, angemessen und zumutbar	949
c) Keine Anrechnung auf Ausgleichsleistung	949
IV. Weitere Ansprüche der Verordnung (Art. 10, 11 VO)	950
1. Höher- und Herabstufung	950
2. Personen mit eingeschränkter Mobilität oder mit besonderen Bedürfnissen	951
V. Weiter gehender Schadensersatz (Art. 12 VO)	951
1. Sinn und Zweck der Regelung	951
2. Begriff des „weiter gehenden Schadensersatzes“	952
3. Ersatzansprüche bei unterbliebenen Leistungen der Fluggastrechte-VO	953
a) Unterbliebene Betreuungsleistungen	953
b) Ansprüche wegen Schuldnerverzugs	954
4. Schadensersatz nach Montrealer Übereinkommen	955
a) Individueller Schaden	955
b) MÜ neben FluggastrechteVO bei Verspätung	955
c) Höchstgrenze	956
5. Schadensersatzansprüche des Luftbeförderungsvertrages	956
a) Nichtbeförderung und Annullierung	956
b) Preisminderung bei Verspätung	957
6. Ansprüche des Reisevertragsrechts	957
a) Schadensersatz	958
b) Minderung des Reisepreises	959
7. Freiwilliger Verzicht	960
8. Wechselseitige Anrechnung	960
9. Anrechnung nicht zwingend	961
VI. Regressansprüche	962
1. Zweck der Norm	962
2. Regressanspruch	962
VII. Reformvorschlag	963
§ 43 Durchsetzung der Fluggastrechte	964
I. Informationspflichten (Art. 14 VO)	966
1. Hinweis	966
2. Merkblatt	966
3. Information über ausführendes Luftfahrtunternehmen	967
4. Ersatz vorgerichtlicher Anwaltskosten	968
II. Ausschluss der Rechtsbeschränkung (Art. 15 VO)	968
1. Halbzwingendes Recht	968
2. Zusätzliche Ausgleichsleistung	969
III. Verstöße (Art. 16 VO)	969
1. Beschwerde- und Durchsetzungsstelle	969
2. Schlichtungsstelle	971
IV. Bericht (Art. 17 VO)	971
V. Inkrafttreten (Art. 19 VO)	972
VI. Rechtsdurchsetzung	972
1. Anwendbares Recht	972
2. Verjährung	973
a) Nationale Regelverjährung	973
b) Flugpauschalreise	973
3. Sachlegitimation	974
a) Allgemeines	974
b) Abtretungsverbot	974
4. Gerichtsstand	974
a) Inlandsflug	974
b) Montrealer Übereinkommen	975
c) Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft	975
d) Luftfahrtunternehmen aus Drittstaaten	978

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Streitwert	979
VII. Reformvorschlag	979

12. Kapitel. Sonstige Verkehrsträger

§ 44 Busverkehrsrecht	980
I. Rechtsgrundlagen	981
1. Einzelbeförderung	981
a) Werkvertragsrecht	981
b) Allgemeines Beförderungsbedingungen	982
c) Deliktshaftung	982
d) Gefährdungshaftung	983
2. Pauschalreise	983
3. Busanmietung	984
4. Personenbeförderungsrecht	985
a) Allgemeines	985
b) Fernbusverkehr	985
5. EU-Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr	986
II. Beförderungsvertrag	986
1. Anwendbares Recht bei Auslandsfahrten	986
2. Vertragsschluss	986
3. Pflichten der Parteien	987
a) Busunternehmer	987
b) Fahrgast	988
4. Aufhebung des Vertrags	988
a) Stornierung durch Fahrgast	988
b) Absage durch Unternehmer	988
III. Haftung des Omnibusunternehmers	989
1. Beförderungsmängel	989
2. Busverspätung	989
3. Schadensersatz aus Vertrag und Delikt	990
a) Vertragliche Haftung des Busunternehmers	990
b) Deliktische Haftung des Busunternehmers	990
c) Deliktische Haftung des Busfahrers	990
4. Lenkzeiten	991
IV. Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr	992
1. Gegenstand	992
2. Geltungsbereich	993
3. Ansprüche des Fahrgastes	993
4. Durchsetzungsstelle und Schlichtungsverfahren	994
V. Prozessuale Fragen	994
1. Darlegungs- und Beweislast	994
2. Anzeigefrist	995
3. Verjährung	995
4. Gerichtsstand	995
§ 45 Eisenbahnverkehrsrecht	996
I. Rechtsgrundlagen des Eisenbahnverkehrs	998
1. Nationale Regelungen	998
a) Werkvertragsrecht	998
b) Eisenbahnverkehrsordnung (EVO)	999
c) Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG)	999
d) Besondere Beförderungsbedingungen	1000
e) Haftpflichtgesetz	1000
f) Fahrgastrechtegesetz	1000
2. COTIF und grenzüberschreitender Eisenbahnverkehr	1000
3. Unionsrecht	1001

Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) 3. und 4. Eisenbahnpaket	1001
b) Fahrgastrechte-VO (EG) Nr. 1371/2007	1002
c) Reform der Fahrgastrechte-VO	1004
II. Bahnbeförderungsvertrag	1004
1. Vertragsschluss	1004
a) BGB	1004
b) Art. 6 bis 25 ER CIV	1005
2. Beförderungsausweis	1005
3. Vertragspflichten der Parteien	1006
a) Bahn	1006
b) Reisende	1007
4. Fahrpreiserstattung	1007
5. Erhöhter Fahrpreis	1008
6. Unterbringung des Reisenden	1009
7. Informationen	1009
8. Sonstiges	1009
III. Haftung der Eisenbahn für Reisegepäck	1009
1. Überblick	1009
2. Regelung der Fahrgastrechte-VO und ER CIV	1010
3. Regelung der EVO	1010
a) Gepäckbeförderung	1010
b) Haftung für Verlust, Beschädigung oder Verspätung	1010
c) Gepäkaufbewahrung	1011
d) Gepäckträger	1011
IV. Haftung für Personenschäden	1011
1. Konkurrenzen	1011
a) Fahrgastrechte-VO	1011
b) Haftpflichtgesetz	1012
c) Verkehrssicherungspflichten bei Bahnanlagen	1012
2. Personenschäden nach der Fahrgastrechte-VO	1012
a) Zusammenhang mit dem Eisenbahnbetrieb	1012
b) Vorschuss	1012
3. Personenschäden nach dem Haftpflichtgesetz	1013
a) Anwendungsbereich	1013
b) Gefährdungshaftung	1013
4. Unerlaubte Handlung	1015
V. Haftung für Verspätungen, verpasste Anschlüsse und Zugausfälle	1016
1. Überblick	1016
a) Reisekettenhaftung	1016
b) Folgeschäden	1016
c) Informationspflichten	1017
2. Verspätung	1018
3. Erstattung oder Weiterfahrt	1018
4. Fahrpreisentuschädigung	1018
a) Verschuldensunabhängig	1018
b) 60 und 120 Minuten	1019
c) Begriff der Mindestentschädigung	1019
d) Zeitfahrkarten	1019
5. Zahlung	1020
6. Hilfeleistung	1020
a) Allgemeines	1020
b) Hotelübernachtung	1020
c) Alternativbeförderung	1020
d) Höhere Gewalt	1020
e) Verweigerte Hilfeleistung	1021
7. Haftungsausschlüsse	1021
a) Fahrpreisentuschädigung	1021

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Hilfeleistungen	1023
8. Schienenpersonennahverkehr	1023
a) Sonderregelung	1023
b) Folgeschäden	1024
c) Entlastung	1024
VI. Personen mit Behinderung und eingeschränkter Mobilität	1025
VII. Sonderfragen	1025
1. Weitere Rechte der Fahrgastrechte-VO	1025
2. Schlaf- und Speisewagen	1025
3. Autoreisezug	1026
4. Pauschalreise mit Bahnverkehr	1026
a) Pauschalreisevertrag	1026
b) Rail and Fly-Tickets	1027
VIII. Verfahrensfragen	1028
1. Antrag auf Entschädigung	1028
2. Verjährung	1028
3. Beschwerde	1029
a) Verfahren	1029
b) Durchsetzungsstelle	1029
4. Schlichtung	1029
5. Rechtsweg und Gerichtsstand	1030
a) Rechtsweg	1030
b) Internationale Gerichtszuständigkeit	1030
 § 46 Schiffsverkehrsrecht	 1032
I. Rechtsgrundlagen im See- und Binnenschiffsverkehr	1034
1. Schiffsbeförderung als Werkvertrag	1034
2. Binnenschifffahrt	1034
3. Internationale Seeschifffahrt	1035
a) Athener Übereinkommen 2002	1035
b) Anlage zu § 664 HGB	1036
c) Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr	1036
d) EU-Fahrgastrechte-Schifffahrt-Gesetz (EU-FahrgR SchG)	1037
e) Fahren	1037
4. Kreuzfahrt als Pauschalreise	1037
a) Allgemeines	1037
b) Leistungserbringer	1038
c) Gewährleistung	1038
d) Haftungsbeschränkung	1038
e) Anrechnung	1039
5. Bootscharter	1039
a) Mietverhältnis	1039
b) Pauschalreisevertrag	1039
II. Beförderungsvertrag	1040
1. Begriffe	1040
a) Beförderer	1040
b) Ausführende Beförderer	1040
c) Beförderungsvertrag	1040
d) Reisender	1040
e) Gepäck	1040
f) Kabinengepäck	1040
g) Beförderungszeitraum	1041
2. Vertragsabschluss	1041
3. Rechte der Parteien	1041
a) Reisender	1041
b) Beförderer	1042
4. Leistungsstörungen	1042

Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Verspätung	1042
b) Ausfall der Schiffbeförderung	1043
c) Beförderungsbedingungen	1044
5. Beförderungsmängel	1044
a) Gewährleistung	1044
b) Allgemeines Lebensrisiko	1044
6. Kündigung des Reisenden	1044
7. Verkehrssicherungspflichten	1045
III. Annullierung und Verspätung nach der Fahrgastrechte-VO Nr. 1177/2010	1045
1. Informationspflichten	1045
2. Hilfeleistung	1045
3. Anderweitige Beförderung und Fahrpreiserstattung	1046
4. Entschädigung durch Fahrpreinsnachlass bei Ankunftsverspätung	1046
5. Entlastung	1047
a) Allgemeines	1047
b) Entlastungsgründe	1047
6. Weitergehende Ansprüche	1048
7. Weitergeltung der VO (EG) Nr. 362/2009	1048
IV. Haftung bei Personen- und Gepäckschäden nach AÜ	1049
1. Verschuldensunabhängige Haftung	1050
2. Tod und Körperverletzung	1050
3. Gepäck	1051
a) Kabinengepäck	1051
b) Sonstiges Gepäck	1051
c) Fahrzeuge	1051
d) Selbstbehalt	1052
4. Verlust des Rechts auf Haftungsbeschränkung	1052
5. Mehrere Ansprüche	1052
V. Verfahrensfragen	1053
1. Anzeigefrist bei Gepäckschäden	1053
2. Verjährung	1053
VI. Besonderheiten der Binnenbeförderung	1053
1. Gesetzliche Regelung	1053
2. Abgrenzung Binnen- und Seeschifffahrt	1054
3. Haftungsgrenzen	1054
a) Personenschäden	1054
b) Gepäck- und Verspätungsschäden	1055
VII. Gerichtsstand und anwendbares Recht	1055
1. Gerichtliche Zuständigkeit	1055
a) Athener Übereinkommen	1055
b) Fahrgastrechte-VO Nr. 1177/2010	1055
c) Kreuzfahrt	1056
2. Anwendbares Recht des IPR	1056
a) Personenbeförderung	1056
b) Kreuzfahrt	1057
c) Verbraucherschutz bei Drittstaaten	1057
3. Schlichtungsstelle	1057

4. Teil. Gastaufnahmerecht

13. Kapitel. Beherbergung

§ 47 Beherbergungsrecht	1059
I. Rechtsgrundlagen des Beherbergungsverhältnisses	1062
1. Begriffe	1062
a) Beherbergungsverhältnis	1062
b) Beherbergungsbetrieb	1062

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Mietrecht	1062
a) Gemischter Vertrag	1062
b) Vermietung an Touristen (AirBnB)	1063
3. Pauschalreisevertrag	1064
a) Begriff der Pauschalreise	1064
b) Beherbergung	1064
c) Sonstige touristische Leistung	1064
d) Wesensmäßiger Bestandteil	1065
e) Nutzlos aufgewendete Urlaubszeit	1065
f) Kuraufenthalt	1066
4. Gastwirthaftung für eingebrachte Sachen	1066
5. Deliktsrecht	1066
6. Allgemeine Geschäftsbedingungen	1066
a) Allgemeines	1066
b) IHA/UFTAA-Richtlinie	1067
7. Gewerberechtliche Vorschriften	1067
a) Allgemeines	1067
b) Gaststättenerlaubnis nicht für Beherbergungsbetrieb	1067
8. Wettbewerbsrecht	1067
II. Vertragsschluss	1068
1. Schriftliche Buchung	1068
2. Persönliche, telefonische und online Buchung	1068
a) Persönliche und telefonische Buchung	1068
b) Elektronischer Vertragsschluss	1069
c) Kein Widerrufsrecht bei Beherbergung	1070
d) Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr	1070
e) Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr gegenüber Verbrauchern	1071
3. Hotelreservierungsvertrag	1072
a) Geschäftsreise von Mitarbeitern	1072
b) Hotelreservierung durch Reiseunternehmen	1072
c) Inhalt	1073
4. Einbeziehung von AGB	1074
5. Sonderfragen	1074
a) Nichtverheiratete	1074
b) Minderjährige	1074
c) Schlüsselgewalt	1075
d) Einzelbelegung eines Mehrbett-Zimmers	1075
e) Hausrecht	1075
f) Erwachsenen-Hotel	1076
g) Wettbewerbsrecht	1077
h) Meldepflicht für Beherbergungsstätten	1077
i) Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)	1078
III. Nichtbenutzung der Unterkunft	1078
1. Vertragsaufhebung	1078
2. Persönliche Verhinderung des Gastes	1079
3. Objektive Umstände der Nichtbenutzung	1080
4. Nichtbereitstellen der Unterkunft	1081
a) Bereithaltung des Zimmers	1081
b) Anderweitige Vergabe	1081
5. Rücktritt vom Hotelreservierungsvertrag	1082
a) Vereinbartes Rücktrittsrecht	1082
b) Einbeziehung von AGB	1082
c) Stillschweigend vereinbartes Rücktrittsrecht	1083
d) Handelsbrauch	1084
6. Umsatzsteuer bei Stornokosten	1085
IV. Vertragliche Pflichten des Hoteliers und des Gastes	1086
1. Hotelier	1086

Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Vertragsgemäße Nutzbarkeit der Räume	1086
b) Nebenleistungen	1086
c) Internetverstöße des Gastes	1086
d) Haftungsausschluss	1087
2. Gast	1087
a) Zimmerpreis	1087
b) Gesamtpreis und Kurtaxe	1088
c) Obhutspflichten	1089
d) Zimmerschlüssel	1089
e) Aufenthaltsdauer	1090
f) Besuch	1090
g) Tiere	1090
V. Kündigung des Vertrags	1090
1. Kündigung durch Gast	1090
a) Ordentliche Kündigung	1090
b) Außerordentliche Kündigung	1091
2. Kündigung durch Hotelier	1092
a) Vertragswidriger Gebrauch	1092
b) Unzumutbares Verhalten	1092
VI. Mangelhafte Hotelleistungen	1092
1. Mangelbegriff	1093
a) Fehler	1093
b) Zugesicherte Eigenschaft	1093
2. Mängelbereiche	1093
a) Unterkunft	1093
b) Verpflegung	1093
c) Dienstleistungen	1094
d) Freizeitrisiko	1094
e) Parkplätze	1094
3. Rechte des Gastes	1095
a) Anzeigepflicht	1095
b) Preisminderung	1096
c) Schadensersatz	1096
d) Verschulden bei Vertragsschluss	1096
e) Kündigung	1097
4. Darlegungs- und Beweislast	1097
VII. Deliktshaftung	1097
1. Anwendungsbereich	1097
2. Verletzung von Verkehrssicherungspflichten	1097
a) Bestehen einer Verkehrssicherungspflicht	1097
b) Umfang und Schaden	1097
c) Türen und Wege	1098
d) Treppen und Stufen	1098
e) Badezimmer	1098
f) Zugänge und Parkplätze	1098
g) Schneefanggitter	1099
h) Freizeitanlagen	1099
i) Brandschutz	1099
3. Verletzung eines Schutzgesetzes	1099
4. Haftung für Verrichtungsgehilfen	1099
5. Haftung bei Einsturz eines Gebäudes	1100
6. Tierhalterhaftung	1100
VIII. Besondere Beherbergungsverhältnisse	1100
1. Ferienunterkunft und Hotelzimmer vom Reiseveranstalter	1100
a) Bisherige Analogie	1100
b) Neues Pauschalreiserecht	1101
2. Vermietung durch Beherbergungsunternehmen	1102

Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Vertragsabschluss	1102
b) Vermittlung des Beherbergungsvertrages	1102
c) Mietbedingungen für private Ferienwohnungen und Zimmer	1103
3. Mangelhafte Leistungen bei Ferienunterkünften	1103
a) Allgemeines	1103
b) Einzelfälle	1104
4. Campingplatz	1105
a) Rechtsgrundlagen	1105
b) Haftung für Mängel	1105
IX. Verfahrensfragen	1106
1. Verjährung	1106
2. Sachliche Zuständigkeit des Gerichts	1106
3. Gerichtsstand	1106
a) Einheitlicher Erfüllungsort	1106
b) Ausschließlicher Gerichtsstand	1107
4. Internationaler Gerichtsstand	1108
a) Allgemeiner Gerichtsstand	1108
b) Ausschließliche Zuständigkeit	1108
c) Verbrauchergerichtsstand	1109
d) Pauschalreise	1110
e) Gerichtsstandsvereinbarung	1110
5. Anwendbare Rechtsordnung	1110
a) Rechtswahl	1110
b) Recht des Beherbergungsorts	1110
§ 48 Einbringung von Sachen bei Gastwirten	1112
I. Zweck der Regelung	1113
1. Allgemeines	1113
2. Entstehungsgeschichte	1113
3. Keine abschließende Regelung	1113
II. Haftungsvoraussetzungen	1115
1. Inhaber eines Beherbergungsbetriebes	1116
2. Gastaufnahme	1117
3. Eingebraachte Sachen	1117
a) Sacheinbringung	1117
b) Leute des Gastwirts	1118
c) Eigentumslage unerheblich	1118
d) Einbringungszeit	1118
e) Schaden	1118
4. Haftungsausschluss	1118
a) Alleinverursachung	1118
b) Sachbeschaffenheit	1119
c) Höhere Gewalt	1119
5. Nicht geschützte Objekte	1119
III. Summenmäßige Haftungsbeschränkung	1120
1. Allgemeines	1120
2. Geld, Wertpapiere, Kostbarkeiten	1121
a) Höchstgrenze	1121
b) Begriffe	1121
IV. Unbeschränkte Haftung	1121
1. Schuldhafte Verursachung	1121
2. Aufbewahrung	1123
3. Ablehnung der Aufbewahrung	1123
V. Erlass der Haftung	1123
1. Unabdingbarkeit der summenmäßigen Beschränkung	1123
2. Freizeichnungsmöglichkeit	1124
a) Zulässigkeit	1124

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Form	1124
VI. Anzeigepflicht	1124
1. Unverzügliche Anzeige	1124
2. Ausnahmen	1124
VII. Pfandrecht der Gastwirts	1125
VIII. Prozessuale Fragen	1125
1. Darlegungs- und Beweislast	1125
2. Verjährung	1125
3. Gerichtszuständigkeit	1126

14. Kapitel. Gastronomie

§ 49 Bewirtschaftungsrecht	1127
I. Rechtsgrundlagen	1128
1. Werklieferungsvertrag	1128
2. Verkehrssicherungspflicht	1128
II. Vertragsschluss	1128
1. Einigung	1128
2. Tischreservierung	1129
3. Abschlussfreiheit und Hausrecht des Wirts	1129
4. Benachteiligungsverbot des AGG	1130
5. Bestellopflicht	1130
6. Gewerberechtliche Pflichten	1130
III. Pflichten der Parteien	1131
1. Gastwirt	1131
2. Gast	1131
a) Preis	1131
b) Zahlungsunfähigkeit	1132
c) Schutz- und Nebenpflichten	1132
d) Rauchen	1132
IV. Mangelhafte Beköstigung	1133
1. Sachmängel	1133
2. Rechte bei Sachmängeln	1134
3. Sonstige Pflichtverletzungen	1134
4. Gastkritik	1135
5. Deliktshaftung	1135
6. Produkthaftung	1136
V. Schutzpflichten des Wirts	1136
1. Garderobe	1136
a) Grundsätzlich keine Haftung	1136
b) Verwahrungsvertrag	1136
2. Betrunkene Gäste	1137
3. Verkehrssicherungspflichten	1137
VI. Prozessuale Fragen	1137
1. Darlegungs- und Beweislast	1137
2. Verjährung	1138
3. Gerichtsstand	1138

Anhang

Anhang I: Musterformulare

Musterbrief 1: Änderung der Reisebestätigung	1141
Musterbrief 2: Ankündigung einer Leistungsänderung ohne Rücktritt	1142
Musterbrief 3: Ankündigung einer Leistungsänderung mit Rücktritt	1143
Musterbrief 4: Ankündigung eines erheblichen Reisemangels	1144

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Musterbrief 5: Außergewöhnliche Umstände beeinträchtigen die Reise erheblich	1145
Musterbrief 6: Stornierung der Pauschalreise	1146
Musterbrief 7: Mängelanzeige und Abhilfeverlangen	1147
Musterbrief 8: Mängelniederschrift	1148
Musterbrief 9: Selbstabhilfe und Kostenersatz	1149
Musterbrief 10: Anspruchsanmeldung mit Preisminderung	1150
Musterbrief 11: Mängelprotokoll der Reiseleitung	1151
Musterbrief 12: Zurückweisung der Ansprüche	1152
Muster 13: Klageschrift gegen Reiseveranstalter	1153
Muster 15: Klageschrift gegen Luftfahrtunternehmen wegen Fluggastrechten	1156
Muster 16: Anmeldung von Fluggastansprüchen gegen Luftfahrtunternehmen	1159

Anhang II: Gesetzliche Vorschriften und sonstige Bedingungen

A. Pauschalreiserecht

1. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), Auszug	1160
2. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB), <i>Auszug</i>	1174
3. EG-Richtlinie 2011/83/EU über Pauschalreisen	1195
4. Preisangabenverordnung (PAngV) <i>Auszug</i>	1222
5. Allgemeine Geschäftsbedingungen für Reiseverträge (ARB-DRV 2018)	1224

B. Reiseversicherungen

6. Allgemeiner Teil der Versicherungsbedingungen für die Reiseversicherung (AT-Reise 2008)	1237
7. Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiserücktrittskostenversicherung (VB-Reiserücktritt 2008)	1242
8. Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiseabbruchversicherung (VB-Reiseabbruch 2008)	1245
9. Besondere Versicherungsbedingungen für die Reisegepäckversicherung (VB-Reisegepäck 2008)	1247

C. Luftverkehrsrecht und Passagierrechte

10. Luftverkehrsgesetz (LuftVG), <i>Auszug</i>	1250
11. Montrealer Übereinkommen	1259
12. Montrealer Übereinkommen – Durchführungsgesetz (MontÜG)	1277
13. Mitgliedstaaten des Montrealer Übereinkommens	1279
14. Verordnung (EG) Nr. 2027/97 über die Haftung von Luftfahrtunternehmen bei der Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck im Luftverkehr	1282
15. Verordnung (EG) Nr. 261/2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste bei Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen	1288
16. Vorschlag Änderung VO (EG) Nr. 261/2004	1298
17. Verordnung (EG) Nr. 1107/2006 über EU-Behindertenrechte auf Flugreisen	1299
18. Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 über EU-Luftverkehrsdienste (<i>Auszug</i>)	1311
19. Verordnung (EG) Nr. 181/2011 über EU-Fahrgastrechte im Busverkehr	1314
20. Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 über EU-Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr	1329
21. Verordnung (EG) Nr. 1177/2010 über Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr ..	1345
22. Handelsgesetzbuch (HGB, Seerecht)	1364
23. Gewerbeordnung (GewO, <i>Auszug</i>)	1370

Anhang III: Entscheidungen mit amtlichen Leitsätzen zum Reiserecht

1. Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH)	1371
a) Pauschalreise-Richtlinie	1371
b) Luftbeförderung und Fluggastrechte	1376
2. Entscheidungen des Bundesgerichtshofs (BGH)	1395

Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Reisevertrag	1395
b) Luftbeförderung und Fluggastrechte	1431
Anhang IV: Reisemängel-Tabellen	
1. Kemptener Reisemängeltabelle	1459
2. Frankfurter Tabelle zur Reisepreisminderung	1519
Literaturverzeichnis	1525
Sachverzeichnis	1563

